



Vorwort zu

## Die Lügen der Kanzlerin Merkel!

Keine Frau lügt mehr als die Kanzlerin Merkel ,mit meinem aller neusten Buch werde ich auch, sehr viele Beweise euch zeigen.

Das die größte Lügnerin der Welt, einfach das deutsche Volk die ganze Zeit belogen und betrogen hat.

## 1. Kapitel

### Die Lügen der Kanzlerin Merkel!

1. September 2013, 20.29 Uhr: "Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben." Im März 2015 stimmte der Bundestag und am 8. Mai der Bundesrat dem Gesetz zu.

2013/2014: Merkel machte damit Wahlkampf und Propaganda, dass es ein sog. "No-Spy-Abkommen" gäbe. Doch ein solches Abkommen wurde seitens der USA zu keinem Zeitpunkt angeboten.

2010: Merkel hält Multikulti für „absolut gescheitert“

In 2015 macht sie das Gegenteil und stürzt Millionen Flüchtlinge in Armut und Gefahr.

2009: In 2009 schrieb Merkel in den Koalitionsvertrag, dass es ein niedrigeres, gerechteres und

einfacheres Steuersystem geben wird. Heute in 2015 haben wir noch immer ein kompliziertes Steuerrecht und bezahlen Rekordsummen.

2012: Auf einer Veranstaltung sagte Merkel: "Es wird keine Vergemeinschaftung von Schulden geben, so lange ich lebe". Genau drei Tage nach dieser Aussage wurden ESM und Fiskalpakt durch Bundestag und Bundesrat geputscht. Heute sind die Schulden vergemeinschaftet und sie lebt noch immer.

2012: "Kanzlerin Merkel schließt Euro-Bonds aus", heißt es pausenlos in der Propaganda. Inzwischen sind Eurobonds zum global Player am Anleihenmarkt geworden, wie man der ESM-Website entnehmen kann.

2008: Merkel erzählte uns, dass künftig keine Bank mehr so groß und systemrelevant sein dürfe, dass sich die Staaten von ihr erpressen lassen könne. Heute haben wir 2015 und fast alle Banken sind noch größer, als damals.

2008: Merkel und Steinbrück im Wortlaut: "Die Spareinlagen sind sicher". Die Sicherung aller Spareinlagen würde den Bundeshaushalt um ein Vielfaches übersteigen. Eine entsprechende parlamentarische Legitimation lag niemals vor.

2015: Merkel lehnte in den Verhandlungen mit Griechenland stets einen Schuldenschnitt ab, nun kam er aber trotzdem. Sie konnte sich nicht durchsetzen. Das Bild der "eisernen Kanzlerin" ist nur billige Lügenpropaganda.

Weitere Aufreger-Themen: TTIP, CETA, Atomkraft, Mindestlohn, Snowden usw...

Wir dürfen das Versagen der Kanzlerin bei der Kampagne #MERKELMUSSWEG nicht auf das Flüchtlingsthema reduzieren. Die Lügen, rund um BNDNSA, ESM, EFSF etc. müssen immer wieder frisch aufgewärmt werden, damit sie die manipulierte Masse nicht vergisst. Der kollektive Gedächtnisschwund und das ewige Merkeln muss endlich aufhören.

## 2. Kapitel

### Meinungen aus dem Volk zu Merkel!

Ralle 09.10.2015 - 17:51

"2008: Merkel und Steinbrück im Wortlaut: "Die Spareinlagen sind sicher". Die Sicherung aller Spareinlagen würde den Bundeshaushalt um ein Vielfaches übersteigen. Eine entsprechende parlamentarische Legitimation lag niemals vor."

aus E-Mail kopiert:

"Die Enteignung der Sparer schreitet voran"

im Fanal der derzeitigen Flüchtlingskrise - quasi hinter den Kulissen - schreitet die gemeinsame europäische Einlagensicherung voran. Zunächst wird die auch von Bundesfinanzminister Schäuble unterstützte „Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten“ weiter ausgebaut.

Der nächste Akt ist dann die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung, mit der deutsche Banken - mit ihren für deutsche Sparer geschaffenen nationalen Sicherungsfonds - ausländische Sparer retten sollen.

Über 75.000 Petitionen wurden bereits über die Plattform Abgeordneten-Check in der Kampagne „Keine deutsche Ersparnisse für EU-Pleitebanken verschickt und so eine Zeichen gegen europäische Willkürmaßnahmen gesetzt.

Schicken Sie bitte auch heute in diesem Durchgang Ihre Stimme an 10 weitere Mitglieder des Finanzausschusses hier und erinnern sie so an ihre Verpflichtung und Verantwortung gegenüber uns, den deutschen Bürgern und Sparern."

<http://www.abgeordneten-check.de/kampagnen/keine-deutschen-ersparnisse-fuer-eu-pleitebanken/startseite/aktion/219135Z5233/nc/1/>

Anne Frei 09.10.2015 - 20:37

Es wäre noch wichtig zu erwähnen, dass sich Frau Merkel, als Schröder noch Bundeskanzler war, massiv im Bundestag gegen eine Zuwanderung ins deutsche Sozialsystem ausgesprochen hat. Passt überhaupt nicht zu ihrem derzeitigen Handeln.

Hans Meier 09.10.2015 - 23:37

Die Figur einer älteren Dame, die schon zu ihrer Jugendzeit lernte, Klischees zu bedienen, um unter täuschenden Verrücktheiten, einzig ihre absurden psychopathischen Argumentationen zu polieren, lässt erkennen welche krankhafte erotische Problematik Gestalt angenommen hat und sich an der Bevölkerung rächt.

Null glückliche liebende Beziehung auf allen Ebenen die man als Paar leben kann.

Stattdessen absolute Frustration, für sämtliche Beteiligten.

Frau Ger, ich wünsche Ihnen ein glückliches Leben.

Merkels Lügen sind Teil ihres Verhaltens, denn sie hat absolute Laien dazu veranlasst über die Sicherheit von Kernkraftwerken ihre Gefühle zu äußern, statt den zuständigen Behörden, diese Kompetenz zu belassen.

Merkel hat innerhalb der EU-Staaten riesigen Verdross angerichtet.

Es wird Zeit sich an der Schweizer direkten Demokratie zu orientieren, die schon seit fast vierhundert Jahren so gut für die Bevölkerung ihre Politiker direkt kontrollieren kann.

Gerd Müller 10.10.2015 - 09:34

Die Merckellügen sind uns gut bekannt und deswegen auch der der Hass, Frust und Wut gegen diese Frau, die glaubt ein ganzes Volk hinters Licht führen zu können.

Das von ihr maßgeblich initiierte Drama der unkontrollierten Masseneinreise nach Deutschland, mit all ihren Folgen (aktuell, geplante Mehrwertsteuererhöhung auf Mineralöle, sprich Benzin)

Hat nur das Fass zum überlaufen gebracht.

Aber sie befindet sich schon im Fall.

Bestes Indiz dafür ist die Ablehnung des Friedensnobelpreises für diese "chaotische Frau" , durch das Nobel-Komitee.

Jetzt werden aber schon wieder Stimmen laut, die behaupten, es gäbe in der deutschen Politik keine Alternative zu der Merkel.

Es wären keine möglichen Nachfolger sichtbar .....

Dazu kann ich nur sagen:

Wer war diese Merkel als sie Bundeskanzler Helmut Kohl von ehemaligen DDR-Linken (Gysi, de Maiziere usw.) untergeschoben wurde ?

Sie war nichts und niemand, hatte keinerlei Regierungserfahrung und Vorbildung in diese Richtung.

Sie war eine unsichtbare graue Maus.

Jetzt tituliert man sie, für mich völlig absurderweise, als "Mächtigste Frau der Welt".

In Wirklichkeit ist sie das nur, solange Deutschland überall alles zahlt.

Wenn Deutschland mal etwas fordert, dann zeigt man sie in SS-Uniform !

Was schließe ich daraus ?

Jeder aktive Politiker in der heutigen politischen Landschaft in Deutschland, wäre in der Lage dieses Amt auszuüben..

Die Mär vom fehlenden Nachfolger dient ausschließlich ihrer Machterhaltung !

ropow 10.10.2015 - 13:57

Na, diese Liste ist aber noch lange nicht vollständig. Ihr „Stil“ war doch schon vorhersehbar, als sie bei ihrer Wahlrede 2005 ungeniert eine Wahlrede Ronald Reagans von 1980 abkupferte:

"Am nächsten Dienstag werden Sie alle wählen gehen, werden an den Wahlurnen stehen und eine Entscheidung treffen. Ich denke, wenn Sie diese Entscheidung treffen, wäre es gut, sich selbst zu fragen: Geht es Ihnen besser als vor vier Jahren? ... Gibt es mehr oder weniger Arbeitslosigkeit im Land als vor vier Jahren? ... Und wenn Sie all diese Fragen mit Ja beantworten, dann denke ich, dass ihre Entscheidung sehr offenkundig ist, wen Sie wählen. Wenn Sie dem nicht zustimmen, wenn Sie nicht denken, dass dieser Kurs, den wir die vergangenen vier Jahre lang verfolgt haben, das ist, was sie für die kommenden vier Jahre wollen, dann könnte ich Ihnen eine andere Wahl vorschlagen, die Sie haben." - Ronald Reagan, Wahlrede 1980.

"Liebe Wählerinnen und Wähler, in zwei Wochen werden Sie Ihre Entscheidung über die Wahl fällen. Vielleicht hilft Ihnen die Beantwortung einiger Fragen bei Ihrer Entscheidung: Geht es unserem Land heute besser als vor sieben Jahren, als Rot-Grün antrat? Ist das Wachstum höher? Ist die Arbeitslosigkeit niedriger? ... Wenn Sie alle diese Fragen mit Ja beantworten, dann denke ich, ist es sehr offensichtlich, wen Sie wählen werden. Wenn Sie anderer Meinung sind, wenn Sie nicht wollen, dass wir dem Kurs der vergangenen vier Jahre weiterhin folgen, dann will ich Ihnen eine andere Wahl nahe legen, die Sie haben." - Angela Merkel, Wahlrede 2005. [1]

... und dann in einem Podcast 2008 verkündete:

„Raubkopien sind kein Kavaliersdelikt. Dies muss immer wieder deutlich gemacht werden, denn jeder, der einmal versucht hat, eine eigenständige künstlerische Leistung zu vollbringen, weiß, wie viel Arbeit und wie viel Kraft dahinter steckt.“ - Angela Merkel, Podcast 2008. [2]

... aber schon bei der Guttenberg-Plagiatsaffäre 2011 wieder verharmloste, Sie habe Guttenberg schließlich als Minister bestellt „und nicht als wissenschaftlichen Assistenten“. [3]

Legendär auch ihre 180°-Drehung bei der Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei:

„Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland und kann es auf Grund seiner historischen, geographischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten auch nicht werden.“ - Angela Merkel am 02.07.2001 [4]

„Deutschland ist ein Einwanderungsland“ - Angela Merkel am 01.06.2015 [5]

Bemerkenswert auch Merkels „Wandlung“ bei der Zuwanderung als Lösung demographischer Probleme:

„Man mag zu mehr Zuwanderung stehen, wie man will. Mehr Zuwanderung ist jedenfalls keine Lösung unserer demographischen Probleme.“

- Angela Merkel, Protokoll, 17. Parteitag der CDU Deutschlands, 1.-2. Dezember 2003, Seite 75 [6]

"Alle können werben für Deutschland als ein offenes Land", sagt sie in ihrer 20-minütigen Eröffnungsrede. Ein Gedanke, der ihr so wichtig ist, dass sie ihn später noch einmal wiederholt: "Es muss unser Ziel sein, wirklich auch offen zu sein für junge Leute, die zu uns kommen, wenn wir heute schon wissen, dass wir 2025 sechs Millionen Arbeitskräfte in Deutschland weniger sein werden." - Angela Merkel am zweiten Demographiegipfel 2013 [7]

Peter 11.10.2015 - 12:47

Zu ergänzen wäre die obige Auflistung Merkelscher Fehlleistungen mit dem Hinweis auf das Positionspapier der CDU/CSU zur Einwanderung vom Sommer 2001. Die damals unter maßgeblicher Beteiligung der heute Hauptverantwortlichen am Flüchtlingschaos, Merkel und Schäuble, formulierten Standpunkte bewiesen Verantwortungsbewußtsein und Realitätssinn für eine an den Interessen des Deutschen Volkes orientierte begrenzte Zuwanderung und temporäres Asyl für die wirklich Bedürftigen.

Diese Politik der Vernunft haben Merkel und ihr Kassenwart, getrieben von rot/grünen Eiferern, in ihr Gegenteil verkehrt und mit einer irren und spekulativen Politik den Deutschen Nationalstaat zum Abriß freigegeben. Die Merkel-CDU ist keine seriöse Partei, die man noch wählen könnte; es sei denn, man empfindet Lustgefühle, wenn man getäuscht, verführt und betrogen wird. Das Haus brennt, und das Personal dieser Partei will drüber nachdenken, beraten, den Brand schönreden und sogar noch Brennmaterial nachlegen. Der heutige Zustand der CDU ist die direkte Folge des parteiinternen Kultes um einen Kapitän, der von Seefahrt nichts versteht, der Piraten für eine willkommene Ergänzung seiner Mannschaft hält und den man trotzdem weiter navigieren läßt. Den absehbaren Schiffbruch wird hauptsächlich die CDU zu verantworten haben !

Gernot Radtke 11.10.2015 - 16:00

Zu den hier sehr eindrücklich aufgelisteten Lügen Merkels kommt – so der FOCUS aktuell - eine weitere hinzu, ihr „Wort“, es werde keine Steuererhöhungen geben. Merkelsche Weltrettung zum Nulltarif! - Nach den Berechnungen von DIE FREIE WELT (vgl. Wolfgang Prabel, Schäuble braucht mehr Geld für den Asylstaat, v. 10.10.2015) kostet die Migranterversorgung allein für 2015 über 70 Milliarden (bei Berücksichtigung der zu erstellenden Infrastruktur). Das sind Steuermilliarden, die der deutsche Bürger erwirtschaftet hat oder noch erwirtschaften muß und die ihm (sei es in Form von Staatsschulden-Tilgung oder Steuersenkungen) nun entgehen. Same procedure as Griechenland. Nur, es muß dennoch alles finanziert werden (in 5 Jahren würde Deutschland einen kompletten Staatshaushalt allein für die Folgen der Merkelschen Globalrettungen aufwenden). Ohne Steuererhöhungen geht das nur über Ausgabenkürzungen. Unter dem Strich läuft es für die Betroffenen auf dasselbe hinaus wie Steuererhöhungen. Weniger Geld in der Tasche - das Leben wird teurer. – Nicht nur Merkels Politik aus Unterlassungen und Durchhalteparolen ist unerträglich, sondern vor allem der sich anschließend über den Bürger ergießende Verblödungssprech, mit dem dieses Kanzlerunglück seine Schurkenstreiche dem Bürger auch noch besonders schmackhaft machen will. Auch die Beiträge für die Sozialversicherungen werden steigen. Rundumversorgung zum Nulltarif gibt's, so der Arbeitsministerin Nahles jüngster Überschlag, in diesem Jahr für 1 Mio neue Leistungsempfänger aus dem Orient. Demnächst mit Anhang. Dümmer und idiotischer kann eine Gesellschaft und ihr Staat nicht zugrunde gerichtet werden. - Wer es noch kann, sollte auswandern. Unser Land wird von Geisteskranken regiert. Ein Land, in dem gesunder Menschenverstand auch der Opposition schon längst abhanden gekommen ist.

FDominicus 13.10.2015 - 07:23

Und was ist das Problem? Sie wurde doch immer wieder von Ihnen gewählt. 4/5 der noch Wählenden bleiben immer bei CDU/SPD/GRÜNEN/Linken.

Manche meinen ja in der AfD eine Alternative zu haben. Das Elend das die Frau über Deutschland bringt wurde von den Deutschen gewollt ja es wird geradezu gefordert.

müller 01.01.2016 - 17:06

Merkel hat Deutschland kaputt gemacht - schnell weg mit irren Stasifrau IM ERIKA

Fischer 07.01.2016 - 23:57

Ich bin 58 und hoffe keine 100 zu werden.

Deutschland wird sich von den europäischen Staaten abspalten und wieder in eine solche Lage verfallen wie wir sie schon mal mit einem kleinen Österreicher hatten.

Ich bin kein Rassist, aber was Frau Merkel im Moment schafft, wird ein in Jahren entstehendes diktatorisches Deutschland bereinigen (müssen).

Gott sei Dank ist der Mensch nicht unsterblich, deshalb bin ich zuversichtlich dies nicht mehr miterleben zu müssen.

Jedoch wünsche ich Frau Merkel das sie weit über 100 Jahre wird um mitzuerleben was sie geschaffen hat.

GGrossi 10.01.2016 - 13:41

Was Fischer mit dem kleinen Österreicher meinte ist dasselbe wie heute kein leitender Politiker zeigt klare Kante es wird geschleimt dass es einem schlecht wird und da fragen dann die selben Schleimer und Rückratlosen warum es einen Wahlverdrossenheit gibt.

Ein Volk dem immer jener kleine Ösi vorgehalten wird sobald es den Mut zur Kritik aufbringt was soll da den herauskommen.

Eine Frage noch wo haben die Deutschen eigentlich noch nicht bezahlt?

Es ist doch toll, dass Kriege geführt werden dürfen wenn man weiß, dass die Deutschen am Ende das Elend bezahlen und die Schuld auf sich nehmen.

Aussage vieler ach so guter Menschen wir sind den Ländern was schuldig!



reiner tiroch 17.11.2016 - 07:42

die Welt ist ein dreckiger Sumpf geworden der es verdient hat, von der Erde getilgt zu werden.

Willi 08.12.2016 - 14:31

Wir haben ein Mehrheitswahlrecht und werden von einer Minderheit regiert.

Wir haben ein Grundgesetz, das gerne Verfassung genannt wird.

Wir haben eine Demokratie, in der die Regierung folgenlos die Gesetze bricht.

Wir haben Politiker, die sich, mit dem größten Selbstverständnis, nicht an ihren Eid gebunden fühlen.

Wir akzeptieren eine Politik, die die Menschen um den gerechten Lohn für ihre Leistung betrügt.

Also, was wollt ihr noch? - eine Revolutuion? - tja, wer soll die dann für Euch machen? Sucht Euch doch erstmal Leute, die für Euch die Ziele vorgeben. Ihr seid Selbst dazu doch auch nicht fähig.

Ich schlage vor, Ihr dreht Euch wieder auf die Seite und schnarcht noch eine Weile. Mit etwas Glück geht der Kelch an Euch vorüber, selbst Euren Arsch zu bewegen.

Halleluja.

Chris 24.01.2017 - 09:46

Ausgesprochen wichtig ist noch ihre Lüge zum Irakkrieg zu erwähnen:

FÜR den Irakkrieg ist sie in der 253. Sitzung des Bundestages vom 13.09.2002. Das Video lässt sich ganz leicht auf YouTube finden. "Der Angriff auf den Irak sei eine unumgängliche Schadensbegrenzung!"  
Schlimmer noch: In einem Beitrag für die "Washington Post" stimmte die CDU Chefin in den Kriegsgesang der US-Regierung ein und wetterte gegen die Bundesregierung.

Ganz dummdreist hat sie letztes Jahr geleugnet, dass sie den Irakkrieg von George W. Bush unterstützt hat! Und das ebenfalls - vor laufenden Kameras!

Über getötete Zivilisten verliert unsere Kanzlerin damals wie heute kein Wort!

Rainer Ostendorf 22.02.2017 - 11:55

"Als Beruf ist Politik für Herzlose und Unverantwortliche, Religion für Arme im Geiste und Heuchler wie geschaffen." Arthur Schnitzler

Gertrud 19.06.2017 - 16:27

Als Bundeskanzler Gerhard Schröder NEIN zum Irakkrieg sagte, entblödete Merkel sich nicht, als Oppositionsführerin nach Washington zu George W. Bush zu fliegen und ihm zu sagen, daß nicht alle Deutschen so sind wie die Regierung. Das hat sich noch nie zuvor und danach die Opposition gegenüber der Regierung erlaubt! - Ohne den Irakkrieg gäbe es nicht den IS, Frau Merkel!

lina 01.07.2017 - 15:53

allen deutschen bürgern wird ein licht, so groß wie ein scheunentor, aufgehen wenn ihr mal recherchiert und euch die rede von herrn freedman von 1961 in usa anhört und lest.

dann könnt ihr alle nach vollziehen, warum uns deutschen untersagt ist, den holocaust zu untersuchen.

DIE WAHRHEIT FINDET IHREN WEG

DIE WAHRHEIT MACHT FREI

### 3.Kapitel!

CDU, Merkel und ihre Lüge von Gerechtigkeit und Wohlstand!

Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland schließt sich. Das belegt der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Immer mehr Menschen profitieren von der Politik der CDU-geführten Bundesregierung. Gleichzeitig gibt es noch viel zu tun. Mehr dazu: <https://www.cdu.de/artikel/gute-nachrichten-aus-dem-armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung>



Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut wie im Augenblick“ erklärte Merkel und „die Schere zwischen Arm und Reich schließt sich“ behauptet die CDU. Beide Behauptungen haben mit der Realität wenig gemein und würden wohl eher in die Kategorie Fake-News als unter seriöse politische Berichterstattung. Ein Blick auf beide Behauptungen und warum die CDU-Politik wenig verbessert hat für die Menschen in Deutschland.

Die CDU spricht davon, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich schließt, ein Blick auf die Verteilung der Vermögen in Deutschland offenbart, wie wenig diese Aussage mit der Realität zu tun hat. „Während diejenigen, die zum reichsten Prozent der Bevölkerung zählen, ein persönliches Vermögen im Wert von mindestens 800.000 Euro besitzen, verfügt gut ein Fünftel aller Erwachsenen über gar kein Vermögen“ so ein Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Nun könnte man meinen, dass die Ungleichheit in den Jahren zuvor noch größer gewesen ist, doch ein Blick auf die Zahlen zeigt, dies ist nicht der Fall. Der Gini-Koeffizient, der die Ungleichheit misst, hatte im Jahr 2012 einen Wert von 0,78, ein Wert von 0 würde vollständige Vermögensgleichheit bedeuten, ein Wert von 1, dass eine Person alles, der Rest nichts besitzt. 10 Jahre zuvor lag der Wert mit 0,777 ähnlich hoch, von einem Rückgang kann also nicht die Rede sein. Bei einem Blick auf einzelne Bevölkerungsgruppen wird das Bild noch deutlicher, so besaßen Arbeitslose 2002 noch ein Vermögen von etwa 30.000 Euro, inzwischen ist dieses auf 18.000 Euro. Die Ursache dafür sind die Hartz-Gesetze, die dafür sorgen, dass das Vermögen von Arbeitslosen erst soweit es möglich ist aufgebraucht wird, bevor die Person staatliche Gelder erhält. zunächst der größte Teil eines Vermögens aufgebraucht werden muss. Infolgedessen verfügen zwei Drittel der Arbeitslosen nicht über nennenswerte Vermögen oder hatten sogar Schulden.

## Höchste Ungleichheit Europas!



Die Zahlen erschüttern, denn sie zeigen die Ungleichheit Deutschlands deutlich auf. Besonders bizarr wirkt die Behauptung der CDU, bei einem Blick auf die anderen europäischen Staaten, in Frankreich liegt der Gini-Koeffizient bei 0,68, in Italien bei 0,61 und in der Slowakei bei 0,45, also deutlich niedriger als in Deutschland, dem Land, dessen Bevölkerung es vermeintlich noch nie so gut ging wie heute. Verteilungsforscher Markus M. Grabka verdeutlicht dies, die Ungleichheit „verharrt auf einem international sehr hohen Niveau. Nirgendwo in der Eurozone sind die Vermögen ungleicher verteilt als in Deutschland.“ Stärker ist die Ungleichheit nur in den USA, dem Mutterland des neoliberalen Kapitalismus. Von Gleichheit kann somit in Deutschland keine Rede sein und auch von einer sozial gerechten Gesellschaft sind die Zahlen weit entfernt. Auch bei dem Durchschnittsvermögen zeigt sich das Deutschland als reichstes Land Europas keine gerechte Verteilung hat, so besitzt der Deutsche im Schnitt ein Vermögen von 44.770 Euro im westeuropäischen Schnitt ist dieser Wert fast 10.000 Euro höher, er liegt bei 54.380 Euro, wie eine Studie der Allianz zeigt.

## Menschen ging es noch nie so gut wie heute?

Merkel behauptet nicht explizit, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich schließe, sie geht sogar einen Schritt weiter und sagt: „Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut wie im Augenblick.“ Eine Aussage, die noch zynischer ist, denn 592.215 Menschen in Deutschland müssen, trotz sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, ihre Löhne vom Staat aufstocken lassen, eine Folge eines Mindestlohns mit Lücken. Auch das statistische Bundesamt straft Merkels Lügen durch die Veröffentlichung eigener Zahlen zu Armut in Deutschland. 15,7 Prozent der Menschen in Deutschland waren im vergangenen Jahr unter der Armutgefährdungsquote, das sind 0,3 Prozent mehr als im Jahr davor und der höchste Wert seit der Wiedervereinigung, in einigen Gebieten des Ruhrgebiets oder Ostdeutschlands, ist der Wert sogar über der Marke von 20 Prozent. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, kommentiert dies bei Erscheinung der Zahlen mit scharfen Worten: „Der Anstieg ist auch ein Zeichen politischen Versagens. Die Bundesregierung muss einsehen, dass Armutsbekämpfung nicht zum Nulltarif und nicht ohne Umverteilung zu haben ist.“ Schneider spielt damit auf einen entscheidenden Punkt an, die große Zahl der Armen wäre nicht möglich, ohne die oben beschriebene Ungleichheit der Vermögen. Wenn Merkel

und ihre Partei sich auf die Schulter klopfen, weil es dem Land vermeintlich noch nie so gut ging wie heute, dann meinen sie damit die Reichsten in diesem Land, denn denen ging es tatsächlich noch nie so gut wie heute.

#### 4.Kapitel

##### Strafanzeige gegen Merkel wg. „Chemnitz“ !

Die Behauptung der Kanzlerin, es habe „Hetzjagden“ in Chemnitz gegeben bzw. es lägen Videos dazu vor, hat nun juristische Konsequenzen. Die Staatsanwaltschaft in Chemnitz erhielt dazu nun eine Strafanzeige, über die alternative Medien in den frühen Morgenstunden am Freitag bereits berichteten. Leider teils ohne Quellenangabe, sodass interessierte Bürger sich die Strafanzeige im Wortlaut leider nicht in jedem Fall ansehen können. Wir haben diesen interessanten Text daher hier für Sie untersucht. Das Dokument erreichen Sie unter [www.institut-fuer-asylrecht.de/27162.pdf](http://www.institut-fuer-asylrecht.de/27162.pdf)

„Freiberuflicher Rechtswissenschaftler“ aus Münster stellt Strafanzeige gegen Merkel

Die „Schneider-Institute“ aus Münster, geführt von René Schneider, haben am 6. September eine Strafanzeige gegen Frau Dr. „Angela Dorothea Merkel“ sowie ihren „Regierungssprecher“, den Staatssekretär „Steffen Rüdiger Seibert“ gestellt.

Die Strafanzeige stützt sich auf den Verdacht „auf falsche Verdächtigung zum Nachteil“ anderer, hier wohl einer Hundertschaft an Menschen, die identifiziert werden könnten. Dies sei eine Straftat nach § 164 StGB, also des Strafgesetzbuches. Der wiederum beschreibt, dass „wer einen anderen (...) öffentlich wider besseres Wissen einer rechtswidrigen Tat (...) in der Absicht verdächtigt (...), behördliche Maßnahmen gegen ihn herbeizuführen (...), wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft“.

#### 5.Kapitel

Medien verschweigen, wie schwach MERKEL bei der Bundestagsfraktion ist !



Wir haben die Situation nun seit mehreren Tagen beobachtet. Frau Merkel ist bei der Bundestagsfraktion im Wesentlichen unten durch. Erst kürzlich haben wir erwähnt, dass es am Montag beinahe eine Kampf Abstimmung im Bundestag gegeben hätte. Nun schweigen die Medien über diesen Vorgang betreten hinweg. Das Ergebnis wäre, so unsere Meldung, ein Sieg der MERKEL-Gegner gewesen. Wir erinnern daran.

Wie lange bleibt die Kanzlerin im Amt?

Es ist noch immer nicht klar, wie die Verhältnisse im Bundestag nun sind. Die Fraktion hatte jüngst mit einer Mehrheit von mehr als 60 % gegen MERKEL stimmen wollen, als es um die Streitigkeiten mit Horst Seehofer ging. Dies hatte die „Welt“ gemeldet – und ist darauf nicht mehr eingegangen.

Eine Kampf Abstimmung steht nun nicht bevor. Dennoch sind die Vorzeichen für die kommenden Monate nach der nun letzten Bundestagssitzung vor der Sommerpause ungünstig, heißt es. Nach der Sommerpause aber wird sich herausstellen, wie schwach die Kanzlerin in der Fraktion ist.

Denn die Zurückweisung an den Grenzen dürfte nicht funktionieren bzw. keine Erleichterung bringen, haben wir in den vergangenen Tagen dokumentiert. Rechtlich und faktisch, weil die Grenzen einfach im Westen genutzt werden. Nach der Sommerpause fängt also die Diskussion wieder an. Und dann gibt es die Frage, ob sich die Fraktion diesmal zurückhalten wird.

Der Bruch der Koalition ist noch immer nicht von der Tagesordnung. Spätestens dann, wenn die Union – hier die CSU – bei der Bayernwahl am 14. Oktober relativ verliert und nicht die absolute Mehrheit holt oder diese deutlich verfehlt, wird es ungemütlich für Angela Merkel.

Wir erinnern an die Darstellung im Laufe der Woche: Volker Kauder hat als Fraktionschef die Situation unserer Einschätzung nach nicht mehr vollständig im Griff. Wir wiederholen uns: Die Kanzlerin kann jederzeit am Ende sein.

## 6.Kapitel

### Die Chronik ihrer Fake-Versprechen!

#### 1. Zuwanderung, Asyl

Angela Merkel auf dem 17. Parteitag der CDU in Leipzig, am 1. Dezember 2003

„Wir erleben es doch in vielen sachpolitischen Diskussionen: Kaum einer kann sich doch verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion sofort in eine rechte Ecke zu stellen. Ich habe über die Fragen ‚Wie empfinden Menschen ihr persönliches Leben?‘ und ‚Glauben sie, dass es gerecht zugeht?‘ gesprochen. Man muss natürlich darüber sprechen, dass es den Missbrauch des Asylrechts gibt. Man muss natürlich sagen: Die Folge können nur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung sein. Alles andere wird in der Bevölkerung keine Akzeptanz finden. Deshalb kämpfen wir, unter anderem Peter Müller, Wolfgang Bosbach, für unseren Weg, ganz hart und ganz entschieden.“

Ein Interview mit Merkel!

(Merkel: Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lehnt es ab, die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland zu begrenzen. „Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze; das gilt auch für die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen“, sagte sie der Rheinischen Post. Auf die Frage, ob womöglich etwa eine Million Menschen in diesem Jahr kommen und integriert werden könne, antwortete die Bundeskanzlerin: „Ich beteilige mich an Schätzungen nicht. Wir können auch nicht wissen, wie viele wieder in ihre Länder zurückkehren werden, wenn sich die Lage dort eines Tages hoffentlich wieder bessert. Aber kein Zweifel: Viele werden bleiben. Darin sollten wir vor allem auch eine Chance sehen. Wenn wir Bildung und Integration ermöglichen, werden die Menschen, die zum Beispiel aus Syrien bei uns Zuflucht gefunden haben, unserem Land viel zurückgeben. Lassen Sie uns offen und mit Zuversicht an die Aufgabe herangehen.“

Merkel forderte dafür mehr Flexibilität. An einigen Stellen müsse von den üblichen Anforderungen abgerückt werden. „Wir müssen improvisieren, vielleicht pensionierte Lehrer und Erzieher reaktivieren oder Studierende einsetzen.“ Menschen dürften nicht unversorgt bleiben, „weil Lehrer noch nicht die allerhöchste Qualifikation haben“. Skeptisch äußerte sie sich zum Vorschlag des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke), den Solidaritätszuschlag zur Deckung der Flüchtlingskosten umzuwidmen. „Steuern nur für einen einzigen ganz bestimmten Zweck zu erheben, ist nicht möglich“, sagte sie. Die Haushaltslage ermögliche es aber, die für die Flüchtlingsunterbringung notwendigen Mittel aufzubringen.

Kritik an Merkel aus den eigenen Reihen

Der Vorsitzende des Bundestags-Europaausschusses Gunther Krichbaum (CDU) sagte dagegen im Deutschlandfunk: „Eines Tages wird der Punkt kommen, dass wir nicht jeden aufnehmen können. Schlicht und ergreifend aus Kapazitätsgründen.“ Es gebe natürliche Obergrenzen bei der Aufnahme von

Flüchtlingen in Deutschland. Allerdings kenne das Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze, sagte Krichbaum, „aber die faktische Aufnahmekapazität kennt Obergrenzen.“ Deswegen forderte er eine gerechtere Lastenverteilung in Europa.

Scharfe Kritik am Kurs der Bundeskanzlerin hatte zuvor der ehemalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich geäußert. Der CSU-Politiker nannte es in der „Passauer Neuen Presse“ vom Freitag „eine beispiellose politische Fehlleistung“, aus Ungarn kommende Flüchtlinge unkontrolliert ins Land zu lassen. Das werde „verheerende Spätfolgen“ haben. Es sei „völlig unverantwortlich, dass jetzt Zigtausende unkontrolliert und unregistriert ins Land strömen und man nur unzuverlässig genau abschätzen kann, wie viele davon Isis-Kämpfer oder islamistische Schläfer sind“.

### Länder wurden überrumpelt!

Auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) äußerte sich skeptisch. Sie sagte dem Berliner „Tagesspiegel“ nach einer Vorabmeldung, damit habe die Kanzlerin die Länder übergangen und Sicherheitsrisiken für Deutschland in Kauf genommen. „Es war zwar richtig, dass die Kanzlerin aus humanitären Gründen die Grenzen geöffnet hat, auch wenn sie damit ein Risiko für die innere Sicherheit eingegangen ist“, sagte Dreyer. „Aber sie hat die Länder mit dieser Entscheidung überrumpelt“, ergänzte sie. Das dürfe nicht wieder passieren. Dreyer forderte angesichts der Entwicklungen zudem, das für den 24. September geplante Sondertreffen zwischen Bund und Ländern zur Flüchtlingspolitik vorzuziehen, und zwar schon auf dieses Wochenende. „Die Situation ist dramatisch. Wir können da nicht noch zwei Wochen warten“, sagte Dreyer.

### 2. Kernkraftwerke

„Wir wollen eine Energiepolitik, die eben nicht Kernkraftwerke abschaltet, wenn sie noch bestens geeignet sind und Strom liefern, sondern die diesen Ausstieg aus der Kernenergie stoppt, meine Damen und Herren.“

(In einem Pressestatement vom 14. März 2011 hörte sich das dann so an:)

MERKEL: Guten Tag, meine Damen und Herren! Wir verfolgen mit unverändert großem Entsetzen die Ereignisse in Japan. Die Bilder, die uns seit Freitag erreichen, machen ein geradezu apokalyptisches Ausmaß der Zerstörung deutlich, und sie lassen uns verstummen. Unsere Gedanken sind deshalb vor allen Dingen bei den leidenden Menschen; unsere Gedanken sind beim japanischen Volk.

Was wir tun können, um in dieser Situation des unvorstellbaren Leids und auch der unermesslichen Schäden zu helfen, das werden wir tun und das haben wir bisher schon getan. Ich danke noch einmal allen Helfern des Krisenstabes, die auch über das Wochenende intensiv gearbeitet haben. Ich danke



dem Technischen Hilfswerk und auch anderen Organisationen, die unermüdlich im Einsatz sind, um den Menschen zu helfen, sie zu retten, ihr Leid zu mindern und zum Bewältigen des Leides an der Seite der Menschen in Japan zu stehen.

Meine Damen und Herren, ich sagte es am Samstag und ich wiederhole es heute noch einmal: Die Berichte über die nuklearen Folgen des schrecklichen Erdbebens und der furchtbaren Flutwelle in Japan sind widersprüchlich. Das ist heute, am Montag, genau so, wie es auch vor zwei Tagen war. Genauso gilt aber auch: Es gibt nukleare Folgen, sie sind völlig unbestritten. Deshalb bedeuten diese Ereignisse nicht allein für Japan eine unfassbare Katastrophe, sondern sie sind auch ein Einschnitt für die ganze Welt, für Europa und auch für Deutschland; denn wir sind eine Welt.

Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und wir gehen auch nicht zur Tagesordnung über. Denn wir können nicht so tun, als ob die Ereignisse in Japan schon deshalb keine Auswirkungen auf die ganze Welt, auf Europa und auf unser Land hätten, weil derartig gewaltige Erdbeben und Flutwellen nach menschlichem Ermessen bei uns nicht eintreffen werden. Das ist zwar richtig: Derart gewaltige Naturkatastrophen sind bei uns nach allen Erfahrungen und Erwartungen nicht wahrscheinlich. Richtig bleibt auch: Wir wissen, wie sicher unsere Kraftwerke in Deutschland sind. Aber ebenso bleibt richtig, dass wir auf die friedliche Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie noch nicht verzichten können, wenn wir unseren Energieverbrauch als größte Wirtschaftsnation Europas weiter eigenständig und zuverlässig decken wollen und wenn wir auch den Anforderungen des Klimaschutzes weiter gerecht werden wollen. Auch der Wandel des Klimas ist eine Herausforderung für die Menschheit.

Dennoch: Es war und es ist kein leeres Wort, wenn ich sage: Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und die bisherige unbestrittene Sicherheit unserer kerntechnischen Anlagen zum Maßstab auch des künftigen Handelns machen, ohne dass wir infolge der jüngsten Ereignisse einmal innehalten. Denn die Ereignisse in Japan lehren uns, dass etwas, was nach allen wissenschaftlichen Maßstäben für unmöglich gehalten wurde, doch möglich werden könnte. Sie lehren uns, dass Risiken, die für absolut unwahrscheinlich gehalten wurden, doch nicht vollends unwahrscheinlich sind. Und wenn das so ist, wenn also schon in einem hochentwickelten Land wie Japan, einem Land mit hohen Sicherheitsstandards und hohen Sicherheitsanforderungen, nukleare Folgen eines Erdbebens und einer Flutwelle nicht verhindert werden können, dann hat das eben Folgen für die ganze Welt, dann hat das auch Folgen für Europa und dann hat das Folgen für uns in Deutschland. Das verändert die Lage auch in Deutschland; dann haben wir eine neue Lage. Diese Lage muss vorbehaltlos, rückhaltlos und umfassend analysiert werden. Erst danach folgen Entscheidungen.

Wir haben deshalb am Samstag veranlasst, dass im Lichte der Erkenntnisse, die wir aus Japan haben, alle deutschen Kernkraftwerke einer umfassenden Sicherheitsprüfung unterzogen werden. Ich sage ganz deutlich: Es gibt bei dieser Sicherheitsprüfung keine Tabus. Genau aus diesem Grunde werden wir die erst kürzlich beschlossene Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke aussetzen. Dies ist ein Moratorium. Dieses Moratorium gilt für drei Monate. Darüber, was das für die einzelnen Kernkraftwerke bedeutet, sind wir mit den Betreibern im Gespräch.

Damit kein Zweifel entsteht: Die Lage nach dem Moratorium wird eine andere sein als die Lage vor dem Moratorium. Wir werden in der Zeit des Moratoriums ausloten, wie wir den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien forcieren und dieses Ziel noch schneller erreichen (können). Denn wenn wir von der Kernenergie als Brückentechnologie sprechen, dann bedeutet das nichts anderes, als das wir aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen und die Energieversorgung in Deutschland schnellstmöglich durch erneuerbare Energien gewährleisten möchten. Ein Abschalten deutscher Kernkraftwerke unter Inkaufnahme der Verwendung von Kernenergie aus anderen Ländern aber - das sage ich ebenso

unmissverständlich - kann und darf nicht unsere Antwort sein. Die einzig redliche Antwort ist der forcierte und beschleunigte Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien.

Meine Damen und Herren, die Menschen in Deutschland können sich darauf verlassen: Ihre Sicherheit und ihr Schutz sind für die Bundesregierung und für mich ganz persönlich oberstes Gebot. Es gilt der Grundsatz: Im Zweifel für die Sicherheit.

Morgen werde ich mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer, in denen Kernkraftwerke betrieben werden, die weiteren Maßnahmen im Rahmen des Moratoriums beraten. Wir werden dann im Anschluss an das Gespräch mit den Ministerpräsidenten morgen erneut die Vorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen über die Ergebnisse aller Beratungen unterrichten. An der Beratung mit den Ministerpräsidenten werden im Übrigen auch der Wirtschaftsminister und der Umweltminister teilnehmen.

In dieser Woche werden wir zur Lage in Japan und ihren Folgen eine Regierungserklärung durch mich im Deutschen Bundestag und eine anschließende Debatte haben. Darüber hinaus stehe ich in engstem Kontakt mit der Europäischen Kommission sowie den G20. Denn wie gesagt: Die Folgen der Katastrophe in Japan berühren die ganze Welt. Wir dürfen nicht vergessen, dass in Europa - zum Teil in unserer unmittelbaren Nachbarschaft - Kernkraftwerke betrieben werden, die ebenfalls einer Sicherheitsüberprüfung bedürfen. Alles gehört auf den Prüfstand.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend noch ein persönliches Wort: So wichtig und unerlässlich alle Bewertungen und Maßnahmen sind, die wir in Deutschland und darüber hinaus beraten, so wichtig und unerlässlich ist es, dass wir in dieser Stunde gleichzeitig nicht den Blick für die verlieren, die in Japan nicht wissen, wie sie den Tag überstehen sollen, wie sie genügend zu essen und zu trinken bekommen sollen, wie sie vermisste Angehörige finden sollen, wie sie ein neues Zuhause für sich und ihre Familien finden sollen und wie sie den Verlust ihrer Lieben verwunden sollen. Das Leid dieser so furchtbar geprüften Menschen in Japan muss weiter im Mittelpunkt all unseres Denkens, unseres Mitfühlens und unseres Helfens stehen.

Ich danke Ihnen.

BM WESTERWELLE: Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen am Samstagabend gesagt, dass wir in Anbetracht der verheerenden Nachrichten aus Japan nicht zur Tagesordnung übergehen werden. Deswegen haben wir schnell entschieden und schnell gehandelt.

Die Sicherheit hat Vorrang. Sie hat oberste Priorität. Es ist entscheidend, dass jetzt auch die richtigen politischen Schlussfolgerungen getroffen werden. Wir wollen den Umbau der Energieversorgung hin zum Zeitalter der erneuerbaren Energien. Die Kernkraft war und ist für uns bis zu ihrem endgültigen Auslaufen eine zeitlich befristete Brückentechnologie. Das ist Kernbestandteil des Energiekonzepts der Bundesregierung, das unverändert richtig ist.

Wir unterscheiden uns darin von vielen anderen Ländern der Industrienationen weltweit. Deswegen ist es uns wichtig, noch einmal zu unterstreichen: Wir sehen in der Allianz zwischen der Kernkraft und den erneuerbaren Energien lediglich eine zeitweise Allianz. Deswegen werden wir konkret beraten, auch international, wie der Weg in Richtung erneuerbare Energien beschleunigt werden kann.

Das Moratorium ist keine Vertagung, sondern das Moratorium ändert die Dinge. Wir können und wir müssen nach dem, was wir in Japan gesehen haben, selbstverständlich auch erneut die Risikoanalyse für Deutschland vornehmen. Natürlich ist in Deutschland ein solches Erdbeben nicht zu erwarten. Natürlich

ist in Deutschland eine solche Flutwelle nicht zu erwarten. Aber dennoch gibt es auch bei uns Risiken, die noch einmal neu analysiert werden müssen und wo wir selbst noch einmal hinterfragen müssen, was bisher beschlossen war.

Deswegen werden wir die Zeit nutzen. Wir wollen diese drei Monate nutzen, um mit einer unabhängigen Expertenkommission, die zusammen mit der Bundesregierung arbeitet, noch einmal eine neue Risikoanalyse aller deutschen Kernkraftwerke auf Grundlage der neuen Erkenntnisse vorzunehmen, die wir aus Japan erhalten haben. Wir wollen darüber hinaus die Beschleunigung der Nutzung erneuerbarer Energien. Das gilt auch für ganz handfeste konkrete Fragen, wie beispielsweise den besonderen Blick auf die Notwendigkeit des stärkeren Netzausbaus.

Zum Dritten werden wir darüber hinaus nicht nur national handeln, sondern wir werden auch international handeln. Wir werden in Europa, aber auch mit der Internationalen Atomenergiebehörde und mit weiteren Bündnispartnern besprechen, welche Schlussfolgerungen zu ziehen sind.

Niemand kann so tun, als hätte das, was wir in diesen Tagen erleben, nicht stattgefunden. Deswegen ist es notwendig, richtig und angemessen, dass die Bundesregierung jetzt handelt, dass wir die Lage seriös bewerten und die Schlussfolgerungen ziehen, die gezogen werden müssen, und dass dann die Zeit des Moratoriums genutzt wird, damit Entscheidungen gefällt werden können.

Wir haben uns am Wochenende in dieser Hinsicht ausgetauscht. Wir haben das, was wir Ihnen heute vortragen, ausgiebig erörtert. Dieses ist eine Entscheidung, die in stundenlangen Gesprächen ausgiebig erörtert worden ist. Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Aber wir sind der Überzeugung: Jede Regierung hat zunächst einmal die Verantwortung, die Interessen der Bürger wahrzunehmen, die Sicherheit der eigenen Bürger zu schützen. Das hat oberste Priorität, und dem wollen wir nachkommen.

FRAGE: Frau Merkel, Sie wollen das Moratorium auf ein bestehendes Gesetz setzen. Wie soll das technisch funktionieren? Wollen Sie sozusagen den Bundestag außen vor lassen? Muss es dafür eine Gesetzesänderung geben? Wie funktioniert das praktisch?

BK'IN MERKEL: Ich glaube, dass wir keine Gesetzesänderung brauchen, sondern wir brauchen ein Gespräch mit den Betreibern, was die Inkraftsetzung eines solchen Moratoriums bedeutet. Ich werde Ihnen morgen gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder, in denen Kernkraftwerke betrieben werden, konkreter sagen können, was diese Gespräche ergeben haben. Aus meiner Sicht ist es nicht notwendig, das Gesetz zu ändern, sondern wir werden am Ende des Moratoriums Bilanz ziehen und sagen, was das genau bedeutet. Ich habe nicht ohne Bedacht gesagt, dass die Zeit nach dem Moratorium sicherlich eine andere sein wird, als die vor dem Moratorium.

Ich will hinzufügen: Alles das, was wir beide Ihnen vorgetragen haben, ist intensiv mit Horst Seehofer abgestimmt worden, der naturgemäß morgen an dem Treffen teilnimmt. Er hat mich ausdrücklich gebeten, noch einmal deutlich zu machen, dass das die Meinung der drei die Koalition tragenden Parteien ist.

BM WESTERWELLE: Ich möchte auf einen weiteren Aspekt hinweisen: Wir hören aus Japan, dass der Ausfall der Kühlsysteme ein besonderes Problem gewesen ist. Deswegen müssen wir die Frage stellen: Kann das bei uns unter anderen Konstellationen auch passieren? Reichen die Absicherungen unserer Kühlsysteme? - Wir haben Hinweise. Diesen Hinweisen müssen wir nachgehen. Das ist verantwortliche Politik.

FRAGE: Frau Merkel, was bedeutet das Moratorium für die Kernkraftwerke, die ohne

Laufzeitverlängerung ihre Reststrommengen schon aufgebracht haben? Müssen diese jetzt sofort vom Netz?

BK'IN MERKEL: Das wäre die Konsequenz, denn sonst wäre es kein Moratorium des von uns neu beschlossenen Gesetzes.

ZUSATZFRAGE: Ab wann?

BK'IN MERKEL: Ich würde sagen: Wenn wir mit den Kernkraftwerksbetreibern gesprochen haben.

BM WESTERWELLE: Ich darf darauf aufmerksam machen, dass der Energiekonsens der Bundesregierung vorsieht, dass wir eine Option zur befristeten Weiternutzung der Kernkraft geschaffen haben. Aber wir haben keine Garantie zum Weiterbetrieb jedes einzelnen Kraftwerks abgegeben.

FRAGE: Frau Bundeskanzlerin, Sie haben die EU- und die G20-Ebene erwähnt. Wären Sie, weil viele Länder den Bau neuer Atomkraftwerke planen, nach dem deutschen Moratorium dafür, dass es zumindest auf europäischer Ebene, aber vielleicht auch im G20-Rahmen ein Moratorium für den Bau neuer Atomkraftwerke gibt, bis man sich auf mögliche weltweite Standards geeinigt hat?

BK'IN MERKEL: Wir haben heute die deutsche Position verkündet. Wir werden uns im G20-Rahmen und auch in Europa für eine ausreichende Sicherheit einsetzen. Ich bin sehr dankbar, dass Energiekommissar Günther Oettinger heute noch einmal mitgeteilt hat, dass er für morgen Vertreter aller Sicherheitsbehörden der Europäischen Union eingeladen hat. Es wäre sicherlich wünschenswert, in den nächsten Monaten auch darüber zu sprechen, dass wir vergleichbare Sicherheitsstandards für ganz Europa bekommen. Aber diesen Punkt kann ich heute nicht in den Mittelpunkt stellen. Heute handeln wir für die Menschen in Deutschland. Heute handeln wir für das, was wir für notwendig, für verantwortbar und für zwingend halten.

Ich sage noch einmal: Bei der gesamten Diskussion, die uns in den nächsten Wochen und in diesen drei Monaten erreicht, müssen zwei Dinge gelten. Wir müssen die Energiediskussion ehrlich führen und dürfen die Versorgung - deshalb habe ich das auch erwähnt - nicht durch Importe aus Kernkraftwerken aus Nachbarländern decken, die keine höheren Sicherheitsstandards haben als wir. Wir dürfen uns nicht darum herumdrücken, dass wir einige ungelöste Probleme haben.

Wir werden in Gesprächen auf die Gruppen in der Gesellschaft zugehen und sagen: Wer das Zeitalter der erneuerbaren Energien schneller erreichen will, muss auch bereit sein, die Infrastruktur schneller bereitzustellen. Wer das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen will, muss auch bereit sein, die notwendigen Belastungen, die damit verbunden sind - zum Beispiel durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz -, vernünftig durchzusetzen. Wer das Zeitalter erreichen will, muss auch für Speichertechnologien sein und kann nicht bei jedem Pumpspeicherwerk sagen, dass das nicht möglich ist.

Wir werden diese drei Monate nutzen, um in Deutschland eine ehrliche Energiediskussion auf den Plan zu bringen. Daran mangelt es bis heute. Ich glaube, das ist auch die Aufgabe der Regierung. Wir sind verpflichtet, so schnell wie möglich das Zeitalter der erneuerbaren Energien zu erreichen.

FRAGE: Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt, dass Sie für den Bürger handeln. Können Sie den Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland zusichern, dass wir, wenn die Bundesregierung anfängt, Atomkraftwerke abzuschalten, in diesem Industrieland Bundesrepublik genügend Strom haben?

Zweitens. Herr Schäuble hat schon gesagt, dass er auf seinen Einnahmen, also den 2,3 Milliarden Euro aus der Kernbrennelementesteuer, weiterhin bestehen werde. Wie soll das zusammengehen?

BK'IN MERKEL: Es ist vernünftig und verständlich, dass der Finanzminister schauen muss, dass seine Einnahmen gewährleistet sind. Trotzdem gilt - und das gilt auch für die ganz Bundesregierung - der Grundsatz, den ich erwähnt habe: Im Zweifel für die Sicherheit.

Wenn wir sagen, dass Sicherheit über allem steht, dann müssen wir auch gegebenenfalls die Konsequenzen daraus tragen. Auf der anderen Seite sage ich auch: Die Brückentechnologie Kernenergie ist eine, die wir noch brauchen - genauso, wie wir andere Brückentechnologien brauchen. Ich bin ganz sicher, dass wir das vernünftig zusammen bekommen.

Auf jeden Fall muss es eine klare Hierarchie geben. Die Hierarchie heißt: Sicherheit steht über allem. Dem muss sich alles andere unterordnen.

ZUSATZ: Die Frage nach der Versorgungssicherheit ist noch offen.

BK'IN MERKEL: Wir setzen ein Moratorium zu dem Gesetz in Kraft, das wir beschlossen haben. Es ist absehbar, dass die Folgen daraus nicht dazu führen werden, dass wir unsere eigene Versorgungssicherheit nicht mehr sicherstellen können, denn wir sind zurzeit Stromexporteur. Ich mache mir da keine Sorgen.

BM WESTERWELLE: Weder die Energieversorgung noch die Staatsfinanzen werden durch ein Moratorium von drei Monaten tangiert, geschweige denn gefährdet.

FRAGE: Welche Sicherheitsstandards werden Sie bei der Prüfung anlegen? Wird das der heutige Stand von Wissenschaft und Forschung sein? Werden Sie entsprechende Nachrüstungen fordern? Werden Sie auch Nachrüstungen bezüglich des Schutzes vor möglichen Terrorangriffen fordern? Auch das ist ja eine neue Gefahr, die so erst seit dem Jahr 2001 im Bewusstsein ist. Sind das die Sicherheitsanforderungen, die angelegt werden?

BK'IN MERKEL: Ich glaube, dass ich die Maßstäbe in meinen Worten schon skizziert habe. Es geht darum, dass wir aus (den Ereignissen in) Japan gelernt haben - auch wenn die geologischen Gegebenheiten zwischen Deutschland und Japan nicht vergleichbar sind -, dass äußerst unwahrscheinliche Ereignisse trotzdem eintreten können. Wenn wir jetzt genau wüssten, was wir tun müssten, hätten wir ja nicht ein Moratorium von drei Monaten beschlossen, sondern dann hätten wir Ihnen heute bereits abschließend gesagt, was wir tun.

Ich glaube, wir tun wirklich gut daran - auch angesichts der Lage in Japan und angesichts der Kürze der Zeit, die seit Freitag vergangen ist -, uns genau diese drei Monate Zeit zu nehmen und daraus eine schlüssige Konsequenz zu ziehen. Diese Konsequenz hat etwas mit der Frage zu tun: Was bedeutet das für die Sicherheit? Guido Westerwelle hat darauf hingewiesen, dass (vor dem Hintergrund der Ereignisse in) Japan gerade auch im Bereich der Kühlsysteme sicherlich noch einmal geschaut werden muss; aber auch das muss in aller Ruhe gemacht. Dann muss auf der anderen Seite geschaut werden: Wie können wir vielleicht Dinge beschleunigen, die sich als ausgesprochen schwerfällig erweisen? Und in diesem Zusammenhang ist eben zu sagen, dass der Bau von Hochspannungsleitungen im Augenblick äußerst schwierig ist.

Deshalb werden wir uns in unseren Gesprächen, die wir jetzt führen, auch über die Bundesregierung hinaus an gesellschaftliche Gruppen wenden, die auch sehr viel Einfluss darauf haben, wie die Akzeptanz

für die Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien geschaffen werden kann. Es zeigt sich ja, dass es einfacher geht, wenn man eine breite Akzeptanz hat. Um diese Akzeptanz werden wir uns noch einmal bemühen. Ich sage aber auch: Mit uns gemeinsam ist nur eine ehrliche Energiepolitik zu machen, die sich zum Schluss nicht aus anderen Quellen speist, sondern mit der wir als Industrienation unsere Energie alleine zu einem vernünftigen Preis liefern können.

FRAGE: Frau Dr. Merkel, zum Stichwort Forcieren bzw. Beschleunigen des Erreichens des Zeitalters der erneuerbaren Energien: Verstehe ich es richtig, dass eine solche Beschleunigung bedeutet, dass eine Laufzeitverlängerung, wie sie von der Koalition beschlossen worden ist, nicht ganz so lang sein müsste wie nach der gegenwärtigen Gesetzeslage?

BK'IN MERKEL: Nein, das kann man zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass wir alles auf den Prüfstand stellen werden und schauen werden, was möglich ist. Natürlich hat unser Energiekonzept eine innere Logik gehabt. Jetzt müssen wir gucken, ob man über diese Logik noch hinausgehen kann und ob man sich mehr anstrengen kann. Ich kann aber zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen, was genau geändert wird und was nicht geändert wird. Das Moratorium von drei Monaten hat genau den Sinn, all diese Fragen, die Sie jetzt verständlicherweise stellen, zu beantworten. Wir haben den Zeitraum des Moratoriums extra sehr knapp bemessen - es sind ja viele Fragen zu klären -, damit völlig deutlich wird: Wir wollen das nicht auf die lange Bank schieben und wir wollen da nicht die Antworten verweigern; vielmehr werden alle diese Antworten vor der Sommerpause gegeben sein. Bis dahin ist die neue Gesetzgebung ausgesetzt. Ich glaube, das ist eine adäquate Antwort, die uns allen gemeinsam eine gute Diskussion ermöglicht.

BM WESTERWELLE: Wenn ich Ihnen noch einen konkreten Punkt benennen darf: Nehmen Sie die Frage des notwendigen Netzausbaus. Wer das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen will, der muss beim Netzausbau mehr tun. Da gibt es viele Widerstände vor Ort, und wir müssen bereden, wie diese Widerstände überwunden werden können. Denn es ist keine Antwort, wenn wir in Deutschland aus der modernsten und sichersten Kerntechnik der Welt aussteigen, um anschließend nichts anderes zu tun, als den Strom aus sehr viel unsichereren Kraftwerken aus den Nachbarländern einzukaufen. Das ist nicht die Lösung, die wir vorschlagen.

ZUSATZFRAGE: Das heißt aber, die Beschleunigung ist noch nicht beschlossen?

BK'IN MERKEL: Wir haben ein sehr ehrgeiziges Konzept für das Erreichen des Zeitalters der erneuerbaren Energien beschlossen. Jetzt müssen wir wirklich mit den Akteuren und allen (daran Beteiligten) darüber sprechen, ob es noch Möglichkeiten der Beschleunigung gibt. Da sehe ich vor allen Dingen Akzeptanzprobleme, gerade was die Infrastruktur des Netzausbaus angeht. Darüber werden wir dann reden. Das Spannende an dem Moratorium ist, dass man seinen Ausgang heute nicht in allen Facetten voraussagen kann. Es wird aber auch nicht eingeführt, um alles so zu lassen, wie es ist.

Morgen werden Sie von uns darüber informiert werden, wie das Gespräch mit den Ministerpräsidenten geführt wurde und welche Ergebnisse sich daraus ergeben. Der Vizekanzler hat eben noch einmal darauf hingewiesen, dass wir die ganzen Sicherheitsfragen auch mit Experten diskutieren werden. Es werden also gewohntermaßen nicht irgendwelche politischen Entscheidungen sein, sondern Sicherheit hat eine objektive Grundlage. Genau darüber werden wir im Lichte der japanischen Ereignisse reden. - Danke schön.

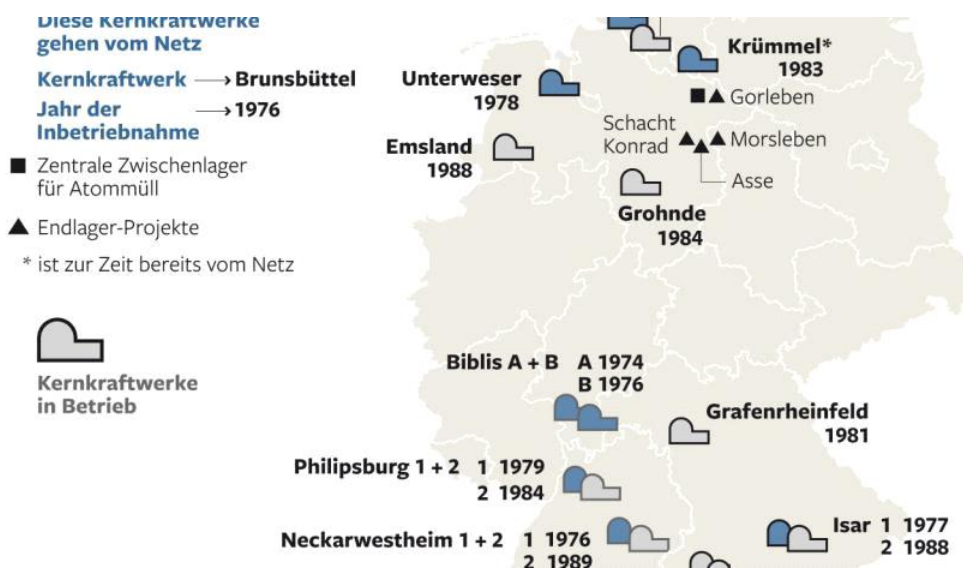
Montag, 14. März 2011

(„Es war und es ist kein leeres Wort, wenn ich sage: Wir können nicht einfach zur Tagesordnung

übergehen und die bisherige unbestrittene Sicherheit unserer kerntechnischen Anlagen zum Maßstab auch des künftigen Handelns machen, ohne dass wir infolge der jüngsten Ereignisse einmal innehalten.“ Fünf Monate nach der im Oktober 2010 erfolgten Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke legten die Regierungsfractionen den Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vor, das am 31. Juli 2011 vom Bundestag verabschiedet wurde. Danach wird das letzte KKW mit Ablauf des 31. Dezember 2022 seinen Betrieb einstellen.)

### 3. Internationale Initiative zur Sicherheit von KKW

Merkel lässt die ältesten AKW abschalten



**Bis vor wenigen Tagen wäre es unvorstellbar gewesen, jetzt hat die Kanzlerin eine radikale Wende in der Atompolitik vollzogen. Der Opposition ist das zu wenig.**

Nicht nur die Wende in der Atompolitik war noch vor wenigen Tagen unvorstellbar. Auch das Tempo, mit dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) jetzt auf die dramatischen Ereignisse in dem japanischen Kernkraft Fukushima reagiert, passte bislang so gar nicht zu der schwarz-gelben Koalition: Sonntag kündigte Merkel eine Sicherheitsüberprüfung aller 17 deutschen Kernkraftwerke an. Montag verhängte sie ein dreimonatiges Moratorium für die erst im vergangenen November beschlossene Laufzeitverlängerung. Dienstag schon ordnete sie an, die sieben ältesten Meiler in Deutschland vorerst vom Netz zu nehmen.

„Die Sicherheit hat in allen Betrachtungen Vorrang“, sagte Merkel. Auch auf europäischer Ebene will sie sich für höhere Sicherheitsstandards von Kernkraftwerken einsetzen. Zusammen mit Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy werde sie zudem beim nächsten G-20-Treffen eine entsprechende internationale Initiative starten. „Wir befinden uns in einer ernsten Lage. Die Situation in Japan gibt

Anlass zu „äußerster Besorgnis“, betonte Merkel. Den Vorwurf, die vereinbarten Maßnahmen zur Atomwende seien den bevorstehenden Landtagwahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg geschuldet, wies sie entschieden zurück. In Japan habe sich gezeigt, dass Reaktoren nicht ausreichend für gewaltige Naturkatastrophen gerüstet sind. Darauf müsse auch die deutsche Politik reagieren.

#### Neckarwestheim wird endgültig abgeschaltet

In einem Krisentreffen mit den fünf Ministerpräsidenten der Länder mit Atommeilern hat die Kanzlerin vereinbart, eine intensive Sicherheitsüberprüfung aller sieben Reaktoren durchzuführen, die vor 1980 ans Netz gegangen sind. Auch die zehn jüngeren Meiler sollen auf den Prüfstand. Was Opposition und Kernkraft-Gegner bislang immer wieder vergeblich gefordert haben, ist nun sozusagen über Nacht Realität geworden. Die von ihnen als „Schrottmeiler“ eingestuften Anlagen werden abgeschaltet, und es ist völlig unklar, ob die Reaktoren nach Ablauf des Moratoriums am 15. Juni überhaupt wieder hochgefahren werden.

Nur drei Stunden nach dem Treffen im Kanzleramt erklärte der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU), bis zum vergangenen Wochenende noch ein entschiedener Befürworter der Kernenergie, das Kernkraftwerk Neckarwestheim 1 bei Heilbronn werde endgültig abgeschaltet. Der Betreiber EnBW bestätigte, den Reaktor „in Kürze“ herunterfahren zu wollen. Für eine dauerhafte Stilllegung sei jedoch formal noch ein Beschluss des Aufsichtsrats erforderlich, sagte ein EnBW-Sprecher.

Auch in Niedersachsen, Hessen und Bayern werden jetzt Reaktoren abgeschaltet. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) zeigte sich entschlossen, die Atomwende mit voranzubringen: „Ich werde keinen Reaktor ans Netz lassen, von dessen Sicherheit in nicht überzeugt bin, und ich lasse auch keinen Betreiber zu, dessen Zuverlässigkeit ich nicht vertraue“. Das ist aber nicht neu. Seit knapp vier Jahren stehen die Reaktoren Brunsbüttel und Krümmel nach einer Pannenserie fast ununterbrochen still. Er wolle in Verhandlungen mit den Betreibern erreichen, dass diese Meiler auch nicht wieder angefahren werden, sagte Carstensen.

Schleswig-Holstein verfolgt ein weiteres ambitioniertes Ziel. Schon im Jahr 2020 will das Land seinen Strombedarf zu 100 Prozent aus Windkraft decken. Doch noch fehlen Leitungen, um den Windstrom auch in andere Bundesländer zu transportieren. Derzeit müssten in Nordfriesland Windräder abgeschaltet werden, während das Kernkraftwerk Brokdorf an der Elbe Atomstrom produziert.

#### Röttgen beruft sich auf Notsituation

#### Anzeige

In Deutschland fehlen rund 3500 Kilometer Stromnetze, um den Strom aus erneuerbaren Energien im Land zu verteilen. Zur Atomwende gehört daher auch ein Ausbau der Infrastruktur, wie Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) ankündigte. Die vorübergehende Abschaltung der sieben Atomkraftwerke werde die Strompreise in die Höhe treiben, die Versorgungssicherheit in Deutschland aber nicht gefährden.

Bund und Länder berufen sich bei der Anordnung auf eine Notsituation nach Paragraph 19, Absatz 3, Ziffer



3 des Atomgesetzes. „Das ist das Gebot äußerster Vorsorge. Davon machen wir Gebrauch“, sagte Umweltminister Norbert Röttgen (CDU), der an dem Krisengipfel im Kanzleramt teilnahm und sich anschließend mit den betroffenen Kollegen aus den Ländern traf. „Wir müssen jetzt diskutieren, welche Risiken wir bei der Nutzung der Kernenergie noch tolerieren wollen.“

Der Opposition gehen die angekündigten Maßnahmen nicht weit genug. „Die Bundesregierung holt jetzt nach, was sie bei der Laufzeitverlängerung im letzten Jahr versäumt hat“ – nämlich die Sicherheitsüberprüfung der ältesten Meiler“, sagte Grünen-Fraktionsvize Bärbel Höhn. Offen sei jedoch, nach welchen Kriterien die Anlagen überprüft werden sollen. Nach dem neuen kerntechnischen Regelwerk müssten die älteren Meiler voraussichtlich für immer abgeschaltet werden.

Dieses Regelwerk war noch von Ex-Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) erarbeitet, von der schwarz-gelben Bundesregierung aber nicht in Kraft gesetzt worden. SPD und Grüne wollen es jetzt im Bundestag noch einmal zur namentlichen Abstimmung stellen. Beide Fraktionen haben entsprechende Anträge vorbereitet. Sie wollen beantragen, zum alten rot-grünen Atomausstieg zurückzukehren und die sieben ältesten Meiler nicht nur sofort abzuschalten, sondern rechtsverbindlich stillzulegen – ohne, dass Laufzeiten auf jüngere Meiler übertragen werden dürfen. Andernfalls, so befürchten SPD und Grüne, werde Schwarz-Gelb nach Ablauf des Moratoriums möglichst viele Kraftwerke einfach wie geplant weiterlaufen lassen.

## Anzeige

Am kommenden Dienstag will sich die Bundeskanzlerin erneut mit den fünf Ministerpräsidenten treffen, um zu besprechen, wie das Moratorium im Detail ausgestaltet werden könne. In drei Monaten muss der neue Kurs in der Energiepolitik stehen. Das, so Merkel, sei „eine extrem anspruchsvolle Aufgabenstellung“.

## 3. Internationale Initiative zur Sicherheit von KKW

Die „Welt“ am 15. März 2011: „Die Sicherheit hat in allen Betrachtungen Vorrang“, sagte Merkel. Auch auf europäischer Ebene will sie sich für höhere Sicherheitsstandards von Kernkraftwerken einsetzen. Zusammen mit Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy werde sie zudem beim nächsten G-20-Treffen eine entsprechende internationale Initiative starten.

Das „nächste G-20-Treffen“ fand am 3. und 4. November 2011 in Cannes statt. Von der angekündigten Initiative war weit und breit nichts zu sehen, obwohl Merkel und Sarkozy an dem Treffen teilnahmen. Wikipedia bezeichnete übereinstimmend auf Englisch, Französisch und Spanisch (eine deutsche Fassung gibt es nicht) sechs Schwerpunkte der Tagung, zu denen „höhere Sicherheitsstandards von Kernkraftwerken“ nicht gehörten. Von einer internationalen Initiative war nirgends die Rede.

## 7. Kapitel

(Kein Atomstrom aus anderen Ländern)

## Regierungserklärung vom 17. März 2011:

„Ja, es bleibt wahr: Wir wissen, wie sicher unsere Kernkraftwerke sind. Sie gehören zu den weltweit sichersten, und ich lehne es auch weiterhin ab, zwar die Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten, aber dann Strom aus Kernkraftwerken anderer Länder zu beziehen. Das ist mit mir nicht zu machen.“

Nun kann sich eine Bundeskanzlerin natürlich nicht um jede Kleinigkeit kümmern. Und so ist ihr vermutlich entgangen, dass die Wirtschaftswoche am 2. Januar 2015 meldete: „Atomstrom-Importe aus Frankreich erreichen Rekordhoch“. Und: „Deutschland ist seit Jahren einer der Hauptabnehmer für französischen Atomstrom“.

## 8.Kapitel

### Eurobonds

„Solange ich am Leben bin“

### Merkel zieht mit klarer Kampfansage in den EU-Gipfel

Keine Euro-Bonds ohne Kontrolle: In der Sache bewegt sich die Kanzlerin vor dem historischen EU-Gipfel keinen Millimeter. Mit einer unbedachten Bemerkung verschärft Angela Merkel sogar noch den Ton der Debatte.

Merkel: Es gibt keine schnellen und keine einfachen Lösungen für die Schuldenkrise

28 Minuten benötigt Angela Merkel, um in ihrer Regierungserklärung im Bundestag die bekannte harte Haltung der Bundesregierung in Sachen Euro-Rettung zu referieren. Sie bietet wenig Neues, der Vortrag gerät etwas mühselig. Erst gegen Ende fallen die Worte, auf die alle warten: "Euro-Bonds, Euro-Bills" und was sonst noch die Debatte dominiere, seien mit ihr nicht zu machen, betont die Bundeskanzlerin. Das hatte sie am Vorabend sehr viel deutlicher formuliert - und damit kurz vor dem als historisch eingeschätzten EU-Gipfel am Donnerstag einen sehr konfrontativen Ton angeschlagen.

"Solange ich am Leben bin" werde es Euro-Bonds als gemeinschaftliche Haftung für Schulden von EU-Ländern nicht geben, hatte Merkel in einem Treffen mit der FDP-Fraktion gesagt. Das sollte flapsig und locker klingen und brachten ihr bei der FDP Wünsche für „ein langes Leben“ ein. Im Ausland dagegen wurde der Spruch in der Politik und an den Märkten flugs mit "only over my dead body" übersetzt - und als Beleg für Deutschlands Halsstarrigkeit gewertet.



In ihrer Regierungserklärung am Donnerstag im Bundestag richtet sich Merkel vordergründig an die deutschen Abgeordneten, die am Freitag über den europäischen Rettungsschirm ESM und den

Fiskalpakt abstimmen sollen. Doch sie wusste auch, dass jeder Beobachter im Ausland auf das "E-Wort" lauerte. Erst gegen Ende ihres Vortrags kam die Kanzlerin zum Thema - und bemühte ihren bekannten, nüchtern-sachlichen Duktus.

„Ich fürchte, dass auf dem (Europäischen) Rat wieder viel zu viel über alle möglichen Ideen für eine gemeinschaftliche Haftung und viel zu wenig über verbesserte Kontrollen und Strukturmaßnahmen gesprochen wird“, erläuterte Merkel. Sie widerspreche dieser Einschätzung, die auch in der Gipfelvorlage von EU-Präsident Hermann Van Rompuy und seinen Mitstreitern skizziert wurde. Solche gemeinsamen Schuldtitel der europäischen Staaten seien in Deutschland nicht nur verfassungswidrig, sondern "ökonomisch falsch und kontraproduktiv".

Van Rompuy, Kommissionspräsident José Manuel Barroso, EZB-Präsident Mario Draghi und Eurogruppen-Chef Jean-Claude Juncker hatten sich zuvor für ein engeres europäisches Zusammengehen in der Finanzpolitik ausgesprochen. In einem gemeinsam verfassten Papier fordern sie unter anderem eine Bankenunion mit gemeinsamen Krisenfonds, eine gemeinsame Einlagensicherung sowie die Ausgabe gemeinsamer Schuldscheine.

Merkel lehnt Euro-Bonds gar nicht grundsätzlich ab - doch dafür müsse die wirtschaftliche Integration der EU zunächst einmal vertieft werden. Jetzt Eurobonds zu erzwingen, wäre die falsche Lehre aus der Vergangenheit, sagte die Kanzlerin im Bundestag.

Die Kanzlerin sagte voraus, dass sich beim EU-Gipfel "wieder viele Augen auf Deutschland richten", doch sie dämpfte zu große Erwartungen. Deutschland sei zwar wirtschaftlich sehr leistungsfähig, aber auch Deutschlands Stärke habe ihre Grenzen, warnte die Kanzlerin.

Die wichtigsten Neuigkeiten jeden Morgen in Ihrem Posteingang.

In der Regierungserklärung vom 27. Juni 2012 hieß es nüchterner, aber ebenso unmissverständlich: „Ganz abgesehen davon, dass Instrumente wie Euro-Bonds, Euro-Bills, Schuldentilgungsfonds und vieles mehr in Deutschland schon verfassungsrechtlich nicht gehen, halte ich sie auch ökonomisch für falsch und kontraproduktiv.“

In Wirklichkeit haftet Deutschland längst für Beträge, „die ein vielfaches des Bundeshaushaltes ausmachen.“ Mit den Euro-Bonds verhält es sich wie mit der Maut gegenüber der Infrastrukturabgabe: Etikettenschwindel, denn das Ankaufprogramm der EZB für Staatsanleihen ist nichts anderes. „Wenn einer der 19 Euro-Staaten zahlungsunfähig wäre“, schrieb der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Kaden in der Welt vom 24. Oktober 2018 (sowie ausführlicher in der November-Ausgabe des Wirtschaftsmagazins „Bilanz“), „bekäme die Zentralbank nichts mehr für dessen Staatsanleihen. Deutschland wäre mit seinem Kapitalanteil am Verlust der Euro-Bank beteiligt. Und das sind immerhin 25,6 Prozent“ – von derzeit maximal 2.600 Milliarden Euro. Außerdem haftet die Bundesrepublik aus den so genannten Target-Salden derzeit für rund 950 Milliarden Euro.

## Das No-Spy-Abkommen!

Regierungspressekonferenz vom 14. August 2013:

Regierungspressekonferenz vom 14. August

Themen: Termine der Bundeskanzlerin (Besuch in der KZ-Gedenkstätte in Dachau), Situation in Ägypten, Kabinettsitzung (Verordnung zum Aufbauhilfefonds nach der Hochwasserkatastrophe, Fortschrittsbericht zum 8-Punkte-Programm der Bundesregierung für einen besseren Schutz der Privatsphäre), Personalprobleme bei der Deutschen Bahn, Streik in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, Wirtschaftswachstum in der Eurozone und in Deutschland, Lärmschutzkonzept für Offshore-Windanlagen, Pkw-Maut, steigende Asylbewerberzahlen

Sprecher: StS Seibert, Peschke (AA), Schwartz (BMWi), Strater (BMVBS), Löriges (BMI), Stamer (BMU)

Vors. Welty eröffnet die Pressekonferenz und begrüßt StS Seibert sowie die Sprecherinnen und Sprecher der Ministerien.

StS Seibert: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich habe einen Termin für den kommenden Dienstag anzukündigen. An diesem Dienstag - es ist der 20. August - wird die Bundeskanzlerin die KZ-Gedenkstätte in Dachau besuchen. Es ist das erste Mal, dass ein deutscher Regierungschef diese KZ-Gedenkstätte aufsucht. Sie wird um 18.45 Uhr eintreffen und dann ein kurzes Grußwort sprechen. Anschließend wird sie an dem internationalen Mahnmal einen Kranz niederlegen, und dann folgen ein Rundgang durch die Gedenkstätte sowie die Eintragung in die Gästebücher. Begleitet wird die Bundeskanzlerin vom bayerischen Minister für Unterricht und Kultus, Herrn Spaenle, und von Max Mannheimer, dem Präsidenten der Lagergemeinschaft Dachau.

Nur noch einmal zur Erinnerung: Dachau war von 1933 bis 1945 der Ort, an dem mehr als 200.000 Menschen gefangen gehalten wurden. Mehr als 41.000 von ihnen haben diese Gefangenschaft nicht überlebt. Die KZ-Gedenkstätte Dachau wird vom Bund institutionell und auch bei Einzelprojekten gefördert.

Jetzt würde ich für die Bundesregierung gerne ganz kurz auf die Situation in Ägypten eingehen. Die Bundesregierung verfolgt heutige Berichte aus Kairo mit großer Sorge. Das sind Berichte über eine erhebliche Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und den Demonstranten, die in den Protestlagern verharren. Wir haben noch keine bestätigten, abschließenden Informationen über die Situation, und deswegen will ich die Situation hier jetzt auch nicht eingehend bewerten.

Klar ist, dass die Bundesregierung ihren Aufruf wiederholt, der da heißt: Alle Seiten müssen sich zurückhalten. Alle Seiten müssen unbedingt Gewalt vermeiden. Der entscheidende Grundsatz muss lauten, dass die Menschenrechte aller Ägypter - ganz unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung und Überzeugung - geachtet und geschützt werden müssen. Wir fordern die Verantwortlichen auf beiden Seiten dazu auf, jetzt ihre Verantwortung auch wahrzunehmen - das heißt, weiteres Blutvergießen zu verhindern - und eine weitere Eskalation der ohnehin angespannten Lage zu vermeiden. Der politische Prozess, der sich jetzt in Ägypten abspielen muss, muss ein inklusiver sein. Es muss ein Prozess sein, der für alle Seiten offen ist. Er darf nicht durch Gewalt oder durch die Androhung von Gewalt belastet werden. Es gibt überhaupt keinen vernünftigen Weg, der an einem friedlichen Ausgleich zwischen den verschiedenen politischen Kräften in Ägypten vorbeiführt.

Frage: Herr Peschke, es gab ja ähnliche Fälle, in denen der Botschafter des Landes in das Auswärtige Amt einbestellt worden ist. Sieht die Bundesregierung angesichts der tödlichen Gewalt, die gerade am Laufen ist, irgendeinen Bedarf, jetzt den ägyptischen Botschafter einzubestellen?

Peschke: Ich kann Ihnen sagen, dass wir schon in direktem Kontakt mit der ägyptischen Regierung standen und dass sich dieser direkte Kontakt auch über den ägyptischen Botschafter hier in Berlin vollzogen hat. Allerdings hat ein hoher Beamter von uns mit dem ägyptischen Botschafter telefoniert und heute schon in den Morgenstunden die Position der Bundesregierung in deutlichen Worten übermittelt.

StS Seibert: Das Kabinett hat sich zunächst mit der Aufbauhilfe nach der Hochwasserkatastrophe befasst. Das Kabinett hat heute die Verordnung zum Aufbauhilfefonds beschlossen. Sie wissen: Dieser Aufbauhilfefonds hat ein Volumen von insgesamt 8 Milliarden Euro. Bund und Länder finanzieren diesen Hilfsfonds gemeinsam, wobei der Bund die Kosten für die Wiederherstellung seiner bundeseigenen Infrastruktur allein übernehmen wird. Auch das sind noch einmal 1,5 Milliarden Euro.

Die Soforthilfen für die Menschen in den Hochwassergebieten waren ja rasch angelaufen, und jetzt lösen Bund und Länder also ihr Versprechen ein, dass noch im August mit der Auszahlung der Wiederaufbauhilfen begonnen werden kann. Nun ist also vonseiten des Bundes mit dem heutigen Kabinettsbeschluss der letzte Schritt gemacht worden, damit die Mittel für die Aufbauhilfe den geschädigten Bürgern jetzt auch wirklich schnell zur Verfügung gestellt werden können. Der Bundesrat muss dem noch zustimmen. Er wird das in einer Sondersitzung an diesem Freitag tun. Dann werden die Weichen also gestellt sein. Bund und Länder haben miteinander, muss man sagen, ausgesprochen zügig und gut im Interesse der Betroffenen zusammengearbeitet, um so doch relativ schnell zur Auszahlung dieser Wiederaufbauhilfen zu kommen.

Anschließend hat sich das Bundeskabinett mit dem 8-Punkte-Programm der Bundesregierung für einen besseren Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger befasst. Sie erinnern sich, dass die Bundeskanzlerin an diesem Platz am 19. Juli ein solches 8-Punkte-Programm vorgestellt hatte. Heute hat das Kabinett den entsprechenden Fortschrittsbericht beschlossen. Er zeigt: Mit der Umsetzung des Programms ist durch die Ministerien schon begonnen worden. Es sind auch schon konkrete Ergebnisse erzielt worden. Ich will nur einige Beispiele nennen: So sind die Verwaltungsvereinbarungen aus den 60er-Jahren mit den damaligen Alliierten - also mit den USA, Großbritannien und Frankreich - in gegenseitigem Einvernehmen aufgehoben worden. So hat die Bundesregierung natürlich unmittelbar nach den ersten Medienveröffentlichungen zu den angeblichen Überwachungsprogrammen der USA mit der Aufklärung des Sachverhaltes begonnen. Mittlerweile haben die USA Deutschland gegenüber dargelegt, dass sie in Übereinstimmung mit deutschen und mit amerikanischem Recht handeln. Das alles hat der Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Pofalla, ja in mehreren Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums vorgetragen. Er hat es anschließend auch der Öffentlichkeit vorgetragen, und ich muss darauf jetzt hier nicht noch einmal eingehen.

Ein weiterer Punkt, der in diesem Fortschrittsbericht steht, ist, dass die Bundesregierung den BND beauftragt hat, einen Vorschlag für gemeinsame Standards der Zusammenarbeit der EU-Auslandsnachrichtendienste zu erarbeiten.

Außerdem ist geplant, mit den Vereinigten Staaten ein sogenanntes No-Spy-Abkommen zu schließen. Diese Vereinbarung soll festhalten, dass sich die USA und Deutschland gegenseitig weder ausspähen noch ausspionieren noch das jeweilige nationale Recht verletzen. Die mündliche Zusage dazu, ein solches Abkommen abzuschließen, liegt von amerikanischer Seite schon vor.

Ein weiterer Punkt in diesem Fortschrittsbericht ist sicherlich ein in die Zukunft reichender Punkt: Die Bundesregierung unterstützt die Wirtschaft und die Forschung in Deutschland und in Europa, um bei den IKT-Schlüsseltechnologien verstärkte Kompetenzen aufzubauen. Das gilt bei der Hard- und bei der Software, insbesondere im Bereich der Internettechnologien. Die Bundesregierung wird Eckpunkte für eine ambitionierte nationale und europäische Strategie vorlegen und diese dann auch in Europa in die Diskussion einbringen. Dazu werden wir analysieren, was die Stärken und was die Schwächen der IT-Standorte Deutschland und auch Europa sind.

Es wird zum Thema „Sicherheitstechnik im IT-Bereich“ auf nationaler Ebene, also hier in Deutschland, ein Runder Tisch eingesetzt, an dem Vertreter aus der Politik, aus Forschungseinrichtungen und aus der Wirtschaft teilnehmen werden. Die Politik wird dabei durch die Expertise des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, des BSI, unterstützt. Das Ziel ist es, dass wir in Deutschland bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen wollen, die Sicherheitstechnik herstellen. Ein erstes Treffen dieses Runden Tisches ist für den 9. September in Berlin geplant. – Das sind die wesentlichen Punkte aus dem Kabinett.

Frage: Herr Seibert, in dem 8-Punkte-Programm steht auch, dass die Bundesregierung immer noch darauf wartet, dass Antworten auf die Fragen kommen, die ja nun schon vor, glaube ich, neun Wochen verschickt wurden. Wie erklären Sie sich, dass die Antworten immer noch nicht vorliegen? Welche offenen Fragen gibt es noch? Immerhin hat Herr Pofalla die Sache inzwischen eigentlich für erledigt erklärt. Was für Antworten erwarten Sie also noch?

StS Seibert: Ich will jetzt nicht noch einmal all das wiederholen, was der Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Pofalla, nach seinem Auftritt im Parlamentarischen Kontrollgremiums öffentlich gesagt hat. Daraus ist hervorgegangen, dass sowohl von amerikanischer Seite, also vonseiten der NSA, also auch vonseiten des britischen Geheimdienstes die entscheidende Antwort für uns gekommen ist, nämlich die Antwort: „Ja, wir halten uns in allem, was wir tun, an nationales, deutsches Recht.“ Es war ja ein entscheidender Vorwurf, dass dem nicht so sei. Dieser Vorwurf ist nach dieser schriftlichen Bestätigung beider Geheimdienste ausgeräumt.

Es gibt sicherlich noch eine ganze Reihe von Detailfragen, auch rund um das Programm PRISM. Sie wissen, dass die amerikanische Seite, um diese Fragen beantworten zu können, erst Dokumente deklassifizieren muss, sie also aus der Geheimhaltung herausnehmen muss. Das ist ein Prozess, der eine Weile dauert. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wie lange er dauern wird. Darin liegt sicherlich begründet, dass wir noch nicht alle Antworten haben. Aber was den Kern des Vorwurfs betraf, sind wir heute natürlich erheblich weiter. Wir können jetzt mit Fug und Recht sagen: Es hat keinen - das war ja der Vorwurf - millionenfachen Missbrauch deutscher Daten oder Rechtsbruch in Deutschland gegeben.

Zusatzfrage: Wozu braucht man dann dieses No-Spy-Abkommen, wenn doch im Moment auch schon alles okay ist?

StS Seibert: Weil wir der Meinung sind, dass es gut ist, dass dies zwischen den beiden Nachrichtendiensten ausgehandelt wird, dass es schriftlich festgehalten wird und dass es auch etwas ist, das für die Zusammenarbeit mit anderen Geheimdiensten möglicherweise Schule machen kann. Wir wollen darin festlegen, dass es zu keiner Verletzung der jeweiligen nationalen Interessen, also keiner Ausspähung von Regierung und Behörden, und zu keiner wirtschaftsbezogenen Ausspähung kommt. Es ist sinnvoll, das im gegenseitigen Einvernehmen - der Vorschlag ist ja in Amerika auch auf sehr offene Ohren gestoßen - festzuhalten. Ich denke, das kann Schule machen.

Frage: Herr Seibert, ich möchte diese Zielsetzung ansprechen, etwas auf europäischer Ebene in Bezug

auf die Internetindustrie und auch die Sicherheitstechnologien zusammen zu machen. Es werden immer Airbus und „Galileo“ als Beispiele für europäische Industrieinitiativen genannt. Wenn ich diese beiden Projekte sehe, dann hat es dabei ja auch erhebliche öffentliche Beteiligungen und Initiativen gegeben, um sie auf den Weg zu bringen. Ist daran gedacht, auch diese Entwicklung finanziell zu unterstützen?

Zum Zweiten würde ich gerne wissen: Ist schon insofern etwas in die Wege geleitet worden, als man die EU-Kommission in irgendeiner Weise damit befasst hat oder sie informiert hat? Gibt es möglicherweise auch schon Reaktionen der EU-Kommission, oder ist das im Moment eine Geschichte, die allein von Deutschland ausgeht und die von den anderen in der EU erst einmal nur beobachtet wird?

StS Seibert: Vielleicht wird darauf gleich auch noch das Bundeswirtschaftsministerium eingehender antworten. Ich will nur sagen: Wenn Sie das Beispiel Airbus nennen, dann ist das doch ein Beispiel, an dem sich zeigt, dass es gelingen kann, wenn sich europäische Staaten zusammentun, um ein technologisches Projekt voranzutreiben und einem bis dato dominierenden außereuropäischen Wettbewerber etwas auch wirklich Wettbewerbsfähiges an die Seite zu stellen. Davon, denke ich, sollten wir uns in diesem Zusammenhang anregen lassen.

Klar ist ja auch, dass wir zunächst einmal analysieren müssen, was die Stärken und was die Schwächen sind, wo uns Kompetenzen fehlen und wo uns Hersteller im Soft- und Hardwarebereich fehlen. Ich denke, erst nach dieser Analyse wird man dann wirklich sagen können, welche finanziellen Anstrengungen dafür auch auf europäischer Ebene unternommen werden müssen. Es ist aber sicherlich auch so, dass die Sicherheit im IT-Bereich insgesamt ein Wachstumsmarkt ist. Es wird sich also lohnen, sich dort zu engagieren. Aber vielleicht mehr vom Wirtschaftsministerium!

Schwartz: Ich kann das Gesagte nur unterstützen. Es geht natürlich auch erst einmal um eine Analyse, und es geht um eine breit angelegte Strategie, die dafür sorgt, dass wir optimale Rahmenbedingungen sowohl im Bereich der Forschung und der Entwicklung digitaler Technologien als aber auch im Bereich optimaler Wachstumsbedingungen für Industrieunternehmen und Start-ups haben. Wie gesagt: Das ist ein Prozess, der gerade erst beginnt. Wie Sie wissen, hat sich der Minister diesbezüglich schon mit einem Brief an Frau Kroes gewandt. Eine direkte Antwort darauf steht bis jetzt noch aus, aber der Brief wurde ja auch gerade erst versandt. Es geht, wie gesagt - das wurde ja auch schon erwähnt -, jetzt darum, erst einmal eine Analyse vorzunehmen.

Der Minister führt auch schon seit Längerem Gespräche und hat auch gerade Anfang der Woche noch einmal ein Gespräch mit entsprechenden Spitzenvertretern der IT-Branche, aber auch von Forschungsinstituten geführt, um die Diskussion zu starten und als nächstes eben Eckpunkte zu erarbeiten, die dann auf europäischer Ebene eingebracht werden sollen.

Konkret ist auch Folgendes geplant: Wie Sie sicher wissen, gibt es ja ohnehin den IT-Gipfel mit verschiedenen Arbeitsgruppen, und in diesem Kontext soll dieser Prozess auch dafür genutzt werden. Erste Ergebnisse sollen auch schon beim IT-Gipfel am 10. Dezember in Hamburg vorgestellt werden.

Zusatzfrage: Ist das im Moment eine rein deutsche Sache, oder gibt es auf europäischer Ebene schon Reaktionen, auch schon vor jetzt weitergehenden Entwicklungen? Gibt es das Gefühl, dass man in anderen Ländern ähnliche Bestrebungen hat?

Dann habe ich auch noch einmal die Frage nach der Bereitschaft, solche Entwicklungen von europäischer Seite, deutscher Seite oder staatlicher Seite finanziell zu unterstützen. Ist das eine Frage, die Sie jetzt beantworten können?

StS Seibert: Ich glaube einfach, dass es noch zu früh ist, um diese finanzielle Frage zu beantworten. Das wäre jetzt unseriös von mir. Wir werden natürlich für diese Überzeugung, die wir jetzt gerade dargelegt haben, auch auf europäischer Ebene werben. Ich bin sicher, wir werden Unterstützer dafür finden, weil auch in anderen Staaten erkannt werden wird, von wie enormer Bedeutung für die Wirtschaft das Thema der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und der Sicherung von Datentransporten sein wird, und zwar nicht nur in Deutschland. Ich denke, dass wir gute Argumente haben, mit denen wir in Europa unsere Verbündeten dafür suchen werden.

Zusatzfrage: Aber gibt es noch keine Reaktion aus Brüssel oder von anderen?

StS Seibert: Sie haben ja gehört, dass der Brief an Frau Kroes nun noch sehr frisch ist. Der Prozess ist sozusagen eingeleitet.

Frage: Herr Seibert, ich wüsste gerne von Ihnen, ob die Bundesregierung jetzt dabei ist, mit jedem Staat auf der Welt ein Abkommen abzuschließen, in dem man speziell versichert, nicht gegenseitig gegen die Gesetze zu verstoßen und sich nicht auszuspähen. Wenn nicht, wieso nicht?

StS Seibert: Das, was ich Ihnen vorgetragen habe, also die Absicht, ein No-Spy-Abkommen abzuschließen, betrifft zunächst einmal unser Verhältnis zu den USA.

Zusatzfrage: Ist das nicht leichtfertig? Sie wissen ja nicht, wann der nächste Snowden auftauchen wird, diesmal aus China, aus der Mongolei oder aus „Timbukistan“. Wieso gibt es diese besonderen Anstrengungen und dieses besondere Misstrauen gegenüber den USA?

StS Seibert: Ich glaube, es ist genau das Gegenteil: Es gibt eben kein besonderes Misstrauen gegenüber den USA. Andere Staaten wären geeigneter dafür, sie mit Misstrauen zu betrachten. Es gibt seit Jahrzehnten ein besonderes Vertrauensverhältnis zu den USA, eine besondere Freundschaft und Partnerschaft. Auf dieser Basis sind unsere Geheimdienste in der Lage, schon seit Langem gut miteinander zusammenzuarbeiten. Auf dieser Basis haben in den letzten Wochen die Fragen, die im Raume standen, miteinander in intensiven Gesprächen geklärt, und auf dieser Basis arbeiten wir jetzt an einem solchen Abkommen.

Zusatzfrage: Sie sagten selbst, es gebe andere Staaten, bei denen mehr Misstrauen angebracht wäre. Deswegen - mir sind diese Staaten nicht bekannt - stelle ich noch einmal meine konkrete Frage: Welche Staaten meinen Sie? Wieso verhandelt die Bundesregierung nicht sofort mit genau diesen Staaten, gegenüber denen noch mehr Misstrauen als gegenüber der NSA und den USA angebracht ist?

StS Seibert: Noch einmal: Unser Verhältnis zu den USA ist nicht von Misstrauen geprägt, sondern von Partnerschaft und Vertrauen. Genau in diesem Geist haben wir miteinander die schwierigen Fragen geklärt, die in den letzten Wochen zu klären waren.

Zu den anderen Staaten will ich nur so viel sagen: Nicht jedes Land auf der Welt ist eine Demokratie und ein Rechtsstaat wie die USA. Deswegen ist nicht jedes Land für uns ein solch vertrauensvoller Partner.

Zusatzfrage: Wieso verhandeln Sie nicht mit denen, die keine Rechtsstaaten sind? Das war die Frage.

StS Seibert: Ich bin mir nicht sicher, dass ich den Sinn Ihrer Frage begreife. Ich kann nur sagen, und das wiederhole ich jetzt noch einmal: Es gibt die Bereitschaft, ein solches Abkommen zwischen den USA und Deutschland zu schließen. Wir halten es für sinnvoll, die amerikanische Seite auch, und wir machen uns jetzt an die Arbeit.



Frage: Herr Seibert, können Sie sagen, welche Seite, welche Ebene oder wer genau die mündliche Zusage für ein solches Anti-Spionage-Abkommen gegeben hat? Vom Nationalen Sicherheitsrat der USA ist nämlich bisher kein Kommentar zu bekommen.

Die zweite Frage lautet: Haben Sie einen Zeitplan dafür, bis wann dieses Abkommen geschlossen werden müsste?

StS Seibert: Ich kann Ihnen keinen Zeitplan nennen, aber es ist klar, dass die Verhandlungen dafür jetzt aufgenommen werden. In diesem Sinne ist der Chef des Bundesnachrichtendienstes mit seinen Gegenübern bei der NSA an die Arbeit gegangen. Das ist das, was ich dazu weiß. Ich glaube, dass nicht daran zu zweifeln ist, dass die NSA zu einem solchen Abkommen bereit ist. Das ist uns ganz klar signalisiert worden, und deswegen gehen wir jetzt voran.

Zusatzfrage: Aber wer oder welche Ebene hat jetzt die mündliche Zusage getroffen? War das Herr Alexander?

StS Seibert: Ich muss, ehrlich gesagt, schauen, ob das vom Chef des Kanzleramtes gesagt worden ist.

Zusatz: Nein, es ist nicht gesagt worden, jedenfalls nicht öffentlich.

StS Seibert: Dann kann ich nicht über das hinausgehen, was Herr Pofalla am Montag gesagt hat. Aber es ist mit Sicherheit die Spitze der NSA, die der Spitze des BND diese Bereitschaft erklärt hat. So etwas wird ja nicht einmal eben auf Arbeitsebene gemacht.

Zusatzfrage: Herr Pofalla hat erklärt, dass die NSA und auch der britische Geheimdienst gesagt und auch schriftlich versichert hätten, es gebe keine flächendeckende Datenauswertung in Deutschland oder von deutschen Daten. Nun stellt sich angesichts dessen, was man über PRISM ahnt, die Frage: Lässt sich aus Sicht der Bundesregierung überhaupt verhindern, dass solche Daten von dem amerikanischen Partner durch PRISM überwacht werden? Lässt sich das überhaupt rechtlich festlegen?

StS Seibert: Dieses Wort der Datenauswertung eignet sich jetzt nicht für eine haarkleine Detailanalyse. Es ist so, wie die NSA es uns schriftlich übermittelt hat: Die NSA hält sich an alle Abkommen, die mit der deutschen Bundesregierung, vertreten durch die deutschen Nachrichtendienste, geschlossen wurden, und sie hat sich auch in der Vergangenheit stets daran gehalten. Sie hält sich an Recht und Gesetz, und das ist die Antwort darauf.

Zusatzfrage: Damit ist aber die zweite Kernfrage neben der einen Frage, die Sie auch genannt haben und die wahrscheinlich beantwortet ist, nicht beantwortet, nämlich was mit PRISM passiert. Auch hinsichtlich der Datenschutzdiskussion in Deutschland ist die Antwort keineswegs gegeben, ob nicht doch und sogar sehr wahrscheinlich eine Gesamtüberwachung des Datenstroms stattfindet, in dem auch deutsche Daten oder Daten deutscher Bürger vorhanden sind.

StS Seibert: Auf deutschem Boden werden deutsche Gesetz eingehalten. Das ist die Bestätigung, die wir haben, und das ist das, was ich Ihnen sagen kann.

Zusatzfrage: Ich habe noch eine Nachfrage zu der Arbeitsgruppe, die am 9. September im Zusammenhang mit der Sicherheit von deutschen Unternehmen zusammenkommen soll. Sie sagten, das BSI sei natürlicherweise mit dabei. Nun ist zu lesen, dass das BSI sehr eng mit der NSA zusammenarbeitet. Ist es denn vielleicht sinnvoll, wenn man über europäische Regelungen redet, die möglicherweise auch europäische Datenschutzrechte berücksichtigen, eine Zusammenarbeit zwischen BSI und NSA auf Eis zu legen?

StS Seibert: Das kann ich nicht sehen.

Frage: Sie sagten jetzt, Herr Seibert, dass sich der Kern der Vorwürfe erledigt habe und dass es ein besonderes Vertrauensverhältnis und eine enge Partnerschaft mit den Amerikanern gebe. Weil Sie das gerade noch einmal betonten, möchte ich noch einmal auf die Pressekonferenz Anfang Juli - auf die Stichworte „Befremden“, „Verwunderung“, „Das geht gar nicht“, „Kalter Krieg“ usw. - zurückkommen. Haben Sie davon aus heutiger Sicht und mit Ihrem heutigen Erkenntnisniveau irgendetwas zurückzunehmen? Ist damals sozusagen irgendetwas über das Ziel hinausgeschossen? Wie ist das heute einzuschätzen?

StS Seibert: Nein, ich denke nicht, dass ich etwas zurückzunehmen habe. Ich habe gesagt: Wenn diese Vorwürfe stimmten - dabei ging es um die Ausspähung von europäischen Botschaften usw., und das ist natürlich zu prüfen -, dann müsste man sagen „Das geht gar nicht“, und das trifft ja auch zu. Wenn diese Vorwürfe stimmten - ich habe nicht den neuesten Stand vorliegen, was die Frage der EU-Botschaften betrifft -, dann müsste man sagen: Das geht gar nicht. So können wir nicht miteinander umgehen.

Die Bundesregierung hat das getan, was sie von Anfang an zugesagt hat. Sie hat die Berichte und die Vorwürfe ernst genommen und ist ihnen nachgegangen, und zwar sowohl im Austausch mit unseren eigenen Diensten als auch in intensiven Kontakten mit unseren Partnern in den USA oder beispielsweise auch in Großbritannien. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen, die Erkenntnisse und diese Aufklärungsarbeit hat Kanzleramtsminister Pofalla im Parlamentarischen Kontrollgremium vorgestellt. Heute gab es, wie gesagt, den Fortschrittsbericht zu dem, was wir uns im Kabinett vorgenommen haben. Daraus wird auch klar, dass die Arbeit natürlich noch nicht vollständig geleistet ist.

Es haben sich gerade, wenn wir daran denken, wie es jetzt weitergeht, also aus der intensiven Beschäftigung mit diesen Fragen, auch neue Aufgaben ergeben, denen wir uns stellen wollen. Wenn sich die Technologie so rasant entwickelt und wenn die Globalisierung der Telekommunikation so voranschreitet, dann können wir ja nicht stehen bleiben. Dann müssen wir den Datenschutz, wenn wir ihn so verteidigen wollen, wie wir ihn hier in Deutschland verstehen, ja auch auf anderen Ebenen als deutschen Ebenen durchsetzen. Also müssen wir in Europa tätig werden. Wir müssen international und über Europa hinaus tätig werden. Das sind sicherlich Aufgaben, die nicht leicht sind. Den Kampf für das Datenschutzrecht, wie wir es hier verstehen, in Europa und dann auch in der Welt sowie auf UN-Ebene zu führen, wird eine anspruchsvolle Aufgabe werden. Wir haben unsere Initiativen dazu eingebracht und werden sehr engagiert bleiben.

Zusatzfrage: Sie haben ja nicht gesagt „Wenn das stimmt, dann wären wir empört“, sondern Sie haben das damals sozusagen im Ton der Empörung vorgetragen. Die Empörung war also sozusagen schon da, und sie wurde nicht durch eine Möglichkeitsform eingeschränkt. Deswegen stelle ich noch einmal die Frage: War das im Tonfall - wenn man das Wort für Wort nimmt, dann gebe ich Ihnen sicherlich recht; Sie sagten „Wenn die Berichte stimmen“ - aus heutiger Sicht angemessen?

StS Seibert: Ich kann mich, ehrlich gesagt, an meinen Tonfall - laut, leise, mittelstark - nicht mehr erinnern. Ich weiß aber ziemlich genau, was ich gesagt habe. Ich denke, dass wir immer gesagt haben: Wir nehmen diese Vorwürfe ernst, aber wir nehmen sie nicht automatisch für bare Münze. Das ist alles etwas, was überprüft werden muss. An diese Überprüfung haben wir uns gemacht. Wenn aber das eine oder das andere zuträfe, dann wäre es in der Tat ein dickes Ding. Das habe ich nicht gesagt, aber ich habe es anders gesagt.

Frage: Herr Seibert, gestern Abend konnte man auf Phoenix sehen und hören, wie stark sich die Kanzlerin dieses Thema auch nach ihrem Urlaub zu ihrem Thema auserkoren hat. Sie hat sich sehr

präzise geäußert, was schärfere Anforderungen an Kontrolle und die Möglichkeiten zur Kontrolle der Geheimdienste angeht. Vor diesem Hintergrund meine Frage: Zu welchem Zeitpunkt gedenkt die Bundeskanzlerin denn, in diese Verhandlungen über den Freundschaftsvertrag mit der US-Gesellschaft direkt einzutreten?

StS Seibert: Ich bin sicher, Sie meinen das No-Spy-Abkommen zwischen BND und NSA.

Zusatz: Es ist ja, wie ich Sie verstanden habe, eigentlich ein Freundschaftsvertrag.

StS Seibert: Es wird ein No-Spy-Agreement zwischen BND und NSA geben.

Zusatzfrage: Okay, nennen Sie es wie auch immer. - Zu welchem Zeitpunkt gedenkt die Bundeskanzlerin denn, die Verhandlungen zu ihrer persönlichen Sache zu machen, weil ihr das Ansinnen, das Anliegen und das Thema ganz persönlich wichtig zu sein scheinen?

StS Seibert: Ich korrigiere Sie ungern, aber das Thema war natürlich für die Bundeskanzlerin bereits vor dem Urlaub sehr wichtig. Ich erinnere noch einmal daran, dass sie es war, die hier in der Bundespressekonferenz den Acht-Punkte-Plan vorgestellt hat. Die Bundeskanzlerin war von Anfang an, also nach den ersten Medienberichten, an der Aufklärung intensiv beteiligt. Sie hat dazu zwei ausführliche Gespräche mit dem US-Präsidenten geführt. Das noch einmal zur Erinnerung.

Es ist sinnvoll, dass die Arbeit an einem solchen No-Spy-Agreement von denen geführt wird, die fachlich damit beschäftigt sind. Das sind die Spitzen von BND und NSA. Anschließend muss das politisch bewertet werden. Die Bundeskanzlerin wird mit Sicherheit auf dem Laufenden sein, wie diese Arbeiten vorangehen.

Zusatzfrage: Aber sie denkt nicht daran, persönlich zu unterschreiben, persönlich Herrn Obama die Hand zu schütteln, wenn man sich gegenseitig versichert, dass man die Gesetze des anderen achtet?

StS Seibert: Nun lassen Sie doch die Gespräche erst einmal vorangehen.

Zusatzfrage: Also die Kanzlerin überlegt noch, ob sie - -

StS Seibert: Sie haben ja gestern die Sendung gesehen, was mich freut. Darin hat die Bundeskanzlerin gesagt, dass das jetzt auf dieser Ebene der Dienste verhandelt werden soll und anschließend selbstverständlich politisch zu bewerten ist.

Frage: Herr Seibert, es gibt Berichte darüber, dass die Briten mit ihrem Geheimdienst über das Programm „Tempora“ den Internetverkehr zum Teil weit umfangreicher als die Amerikaner ausforschen. Ist daran gedacht, auch mit den Briten ein ähnliches Abkommen anzustreben?

Eine zweite, damit zusammenhängende Frage: Gibt es einen ähnlich intensiven Datenaustausch mit den Briten wie mit der NSA, also zwischen dem britischen Geheimdienst und dem BND? Wenn nein, warum nicht?

StS Seibert: Stand heute gibt es keine Pläne, ein solches No-Spy-Agreement bilateral mit den Briten abzuschließen. Ich erinnere aber daran, dass ein Teil des Fortschrittsberichts eben auch ist, dass der BND auf europäischer Ebene Vorschläge machen wird, wie sich die europäischen unterschiedlichen Auslandsnachrichtendienste auf ein gemeinsames Regelwerk einigen können. Das ist sicherlich der europäische Weg, nicht bilateral, sondern im Verbund zu handeln.

Zusatzfrage: Der zweite, durchaus interessantere Teil der Frage war nach dem Datenaustausch zwischen dem BND und dem britischen Geheimdienst. Ist er ähnlich umfangreich wie der zwischen BND und NSA? Wenn nein, warum nicht?

StS Seibert: Das ist eine Fachfrage, die ich Ihnen, ehrlich gesagt, jetzt hier nicht beantworten kann. Der Umfang des Datenaustauschs zwischen BND und dem britischen Geheimdienst ist etwas, das dem Parlamentarischen Kontrollgremium berichtet werden müsste. Ich kann das jetzt nicht vortragen.

Frage: Herr Seibert, meine erste Frage bezieht sich auf das No-Spy-Abkommen. Ich wundere mich, ehrlich gesagt, auch, wenn der Bundesregierung und offenbar auch der amerikanischen Seite dieses Abkommen so wichtig ist, warum das mehr oder weniger zwischen hohen Beamten abgeschlossen und nicht jeweils zwischen den Regierungsvertretern, den Regierungen abgeschlossen werden soll. Können Sie das noch einmal erläutern?

Zweitens. Sie haben noch einmal die Position der Amerikaner wiederholt, die sagen, dass auf deutschem Boden keine Gesetze verletzt werden. Sie haben aber gleichzeitig gesagt, dass es über PRISM noch keine Erkenntnisse gibt - auch bezogen auf das, was die Bundesregierung nachfragt hat. Heißt das im Umkehrschluss, dass Sie davon ausgehen, dass bei PRISM, was ja möglicherweise nicht auf deutschem Boden stattfindet beziehungsweise vielleicht von amerikanischem Boden durchgeführt wird, sehr wohl deutsche Gesetze verletzt werden? Halten Sie das für möglich?

StS Seibert: Ich gehe vom dem aus, was die amerikanische Seite uns schriftlich bestätigt hat, dass sie sich an alle Abkommen mit der deutschen Bundesregierung, die geschlossen wurden, hält und auch in der Vergangenheit stets gehalten hat. Diese Abkommen sind selbstverständlich auf dem Boden der deutschen Gesetze geschlossen worden. Das ist das, was ich Ihnen dazu sagen kann.

Geben Sie mir bitte ein kurzes Stichwort, was die erste Frage war.

Zusatz: Warum das No-Spy-Abkommen nicht zwischen den Regierungen vereinbart wird.

StS Seibert: Erstens wissen wir noch gar nicht, was letztlich „politische Bewertung“ heißt. Das heißt, wir wissen noch gar nicht, wie auch die politische Seite beider Länder dieses Abkommen noch zur Kenntnis nehmen oder billigen wird. Klar ist, dass die Abkommen üblicherweise - - Auch das Abkommen, auf dem die Zusammenarbeit zwischen NSA und BND fußt, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, ist ein Abkommen zwischen diesen beiden Nachrichtendiensten. Selbstverständlich ist es mit der politischen Absicht geschlossen worden, es zu schließen und mit der Billigung beider Regierungen. So wird es bei diesem auch sein.

Frage: Eine Bitte, Herr Seibert, weil die Frage des Kollegen nicht beantwortet werden konnte. Aber sie ist wichtig und die Antwort müsste ja vorliegen. Könnten Sie bitte nach Recherche erkunden, von wem aus den USA Herr Pofalla Nachricht erhalten hat, dass man dieses umfangreiche No-Spy-Abkommen abschließen will? Vielleicht können Sie das auch schriftlich erledigen, wenn das jetzt nicht klar ist. Aber das dürfte ja kein Geheimnis sein, da ja alles transparent sein soll und wird.

StS Seibert: Ich schaue gerade, ob es in der Stellungnahme von Herrn Pofalla am Montag enthalten war. Ansonsten werde ich mich bemühen. Dann werden wir sehen, ob wir diese Frage beantworten können.

Frage: Herr Seibert, eine Nachfrage zu PRISM, wenn Sie gestatten. Ich verstehe Sie also richtig, dass Sie sich, obwohl Sie noch keine Kenntnisse über Art, Umfang, was auch immer, von PRISM haben, darauf verlassen, dass auch über das Programm PRISM keine deutschen Gesetze verletzt werden?

StS Seibert: Wir haben von beiden Geheimdiensten - dem amerikanischen und dem britischen - Versicherungen, dass sie sich in Deutschland an Recht und Gesetz halten.

Frage: Es ist doch richtig, dass außerhalb Deutschlands das deutsche Recht nicht gilt, oder?

StS Seibert: Das liegt in der Natur der Sache.

Frage: Ich würde gerne fragen, ob das Thema „Deutsche Bahn“ heute bei der Kabinettsitzung irgendeine Rolle gespielt hat. Ich würde zweitens gerne wissen, was die Bundesregierung von Vorstößen hält, die wieder einen Bahn-Börsengang ins Gespräch bringen. Ich würde drittens gerne wissen, ob man sich in der Bundesregierung mit dem Gedanken befasst, die der Bahn abverlangte Gewinnabführung an das Finanzministerium angesichts der hohen Investitionsnotwendigkeiten bei dem Unternehmen auszusetzen, zu vermindern, oder in irgendeiner Weise zu verändern.

StS Seibert: Das Thema ist heute natürlich besprochen worden. Die Bundeskanzlerin hat auch gestern Abend in dem Interview sehr klar gesagt: Das ist eine schlimme Situation rund um den Mainzer Bahnhof. Sie ist sehr belastend für Tausende und Abertausende von Menschen, die sich auf die Bahn verlassen müssen - sei es, um zur Arbeit zu kommen, sei es, um aus dem Urlaub zu kommen. Da helfen jetzt auch Schuldzuweisungen nicht weiter - da sind wir uns in der Bundesregierung ganz einig -, sondern die Bahn muss handeln.

Es ist gut, dass gestern bei dem runden Tisch in Mainz auch zu erkennen war, dass sich die Bahn dieser Aufgabe mit Rüdiger Grube an der Spitze mit der nötigen Dringlichkeit annimmt. Es müssen jetzt die Ursachen für die Probleme möglichst rasch und gründlich aufgearbeitet werden. Es müssen Personalengpässe behoben werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass es genügend ausgebildete Fachkräfte gibt, damit solche Situationen nicht noch einmal auftauchen - auch wenn das Problem aus vielen Gründen ein sehr kompliziertes ist, was man durchaus nachvollziehen kann.

Die Menschen, die die Bahn in ihrem täglichen Leben brauchen, haben einen Anspruch, ein Recht darauf, dass der Normalzustand so rasch wie möglich wiederhergestellt wird und dass solche Engpässe in Zukunft verhindert werden.

Zu der Privatisierungsdebatte, was war ja der erste Teil Ihrer Frage war: Die Bundesregierung hat die Bemühungen zur Teilprivatisierung der Transportsparte - es ging ja immer um die Transportsparte der Deutschen Bahn - in dieser Legislaturperiode nicht fortgesetzt. Man muss aber daran erinnern, dass der Infrastrukturbereich, zu dem auch die Stellwerke gehören, ohnehin - da waren sich alle Beteiligten einig - nicht privatisiert werden sollte und vollständig im Bundesbesitz bleiben soll.

Zusatzfrage: Daran hat sich grundsätzlich nichts geändert?

StS Seibert: Es gibt da keine Veränderungen. Darin liegt jetzt auch nicht das Mittel, mit dem man die derzeitige, äußerst ungute Lage löst. Daran muss jetzt durch gutes Management, durch gute Rekrutierung, durch gute Personalmaßnahmen gearbeitet werden.

Strater: Ich kann das nur voll unterstützen. Die Bahn muss alles tun, um die Situation schnellstmöglich zu beheben, um ihrer Betriebspflicht, die sie hat, nachzukommen.

Im Übrigen hat auch das Eisenbahnbundesamt als Kontrollbehörde die Bahn in einem Schreiben vom vergangenen Montag darauf hingewiesen, dass sie unverzüglich Maßnahmen einzuleiten hat, um die Situation zu bereinigen und ihrer Betriebspflicht voll umfänglich nachzukommen. Das ist jetzt vorrangig.

Vorrangig ist auch, dass sich so eine Situation wie in Mainz nicht wiederholen darf - weder in Mainz noch bundesweit. Die Personalsituation beim Unternehmen Deutsche Bahn muss sehr gründlich analysiert werden, ob genügend Kräfte da sind. Wenn nicht, müssen sie eingestellt, ausgebildet und vorgehalten werden. Das ist im Moment die Debatte, die wir führen müssen. Die Bahn hat - Herr Seibert hat es schon erwähnt - einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt, der Schritt für Schritt zunächst einmal Linderung gewährleistet und dann Schritt für Schritt die Situation wieder zur Normalität führt. - So viel zum Thema Mainz.

Noch eine Ergänzung: Die Personalsituation beim Konzern wird natürlich auch bei der nächsten Aufsichtsratssitzung ein Thema sein. Darauf hatte meine Kollegin hier am Montag schon hingewiesen. Auf unsere Initiative wird dort nach der Situation gefragt.

Was die Privatisierung angeht, so hat Herr Seibert dazu auch schon im Grunde alles gesagt. Dem ist nur insofern etwas hinzuzufügen, dass dafür natürlich ein gewisses Marktumfeld vorhanden sein muss, das nicht gegeben ist. Sie müssen, wenn Sie so etwas tun, einen Erlös in einem ausreichenden Umfang erzielen. Es ist auch wichtig, das zu berücksichtigen. Außerdem muss die Bahn zunächst einmal ihre Hausaufgaben machen und ihre Probleme lösen; davon hat sie genügend. Daran muss gearbeitet werden, daran wird auch gearbeitet. Unter der neuen Unternehmensführung mit Herrn Grube und auch unter dem Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Felcht ist diese Bundesregierung auf den Kurs hin zu einer Kundenorientierung eingeschwenkt. Sie kennen die Zielmarken, die der Minister ausgegeben hat: Pünktlichkeit, Sicherheit, Schnelligkeit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit. All das muss die Bahn gewährleisten. Daran wird auch gearbeitet.

Zuruf: Denkt man daran, die Gewinnabführung von 500 Millionen Euro in irgendeiner Weise zu verändern?

Strater: Die Dividendenzahlung ist natürlich immer vom Ausgang, von der Konzernbilanz eines Geschäftsjahres abhängig. Sie wird immer im Jahr darauf von der Hauptversammlung festgelegt. Sie kennen die Erwartungen. Der Konzern macht in der Gesamtbilanz einen gewissen Gewinn. Davon wird dann die Dividende an den Bund ausgeschüttet. Sie soll auch steigen. Von dieser gesteigerten Dividende sollen wieder Gelder in das Unternehmen für Investitionen zurückfließen. Wir nennen das „Finanzierungskreislauf Schiene“. Das versackt also nicht komplett, sondern es wird wieder in die Schiene investiert. Insofern wird das Infrastruktursystem dadurch wieder gestärkt.

Zusatzfrage: Es leuchtet mir, ehrlich gesagt, nicht so richtig ein, warum man das Geld nicht gleich bei der Bahn belässt und die Bahn es selbst dort investiert, weshalb man es erst abführen muss, um es dann vom Bund wieder zurückführen zu lassen und dann investieren zu lassen.

Mir geht es zweitens einfach um die grundsätzliche Frage: Gibt es einen Finanzierungsbedarf bei der Bahn, der dazu führt, dass der Bund sagt „Da müssen wir im Moment auch einmal zurückstecken, um der Bahn zu ermöglichen, ihre Defizite aufzuarbeiten“?

Strater: Es gibt natürlich einen Finanzierungsbedarf. Wenn Sie sich den Bereich Erhaltungsinvestitionen ansehen, investiert der Bund dort allein jedes Jahr 2,5 Milliarden Euro. Wenn Sie die Gelder hinzuzählen, die aus dem Bedarfsplan für Aus- und Neubaumaßnahmen anzurechnen sind, kommen weitere Milliarden hinzu. Der Bund investiert also mit großen Milliardensummen in die Bahn selber.

Wenn Sie sagen, die Dividende könnte beim Unternehmen bleiben, dann ist es ja nicht komplett die Dividende, die wieder eins zu eins zurückfließt, sondern es sind Teile, die wieder in den Finanzierungskreislauf Schiene fließen. Der Bedarf wird natürlich gesehen. Aber wir sehen auch, dass

dieser Bedarf in Infrastruktur seitens des Bundes gedeckt wird und die Bahn Milliardeninvestitionen tätigt. Wenn Sie sich allein die Bestellungen neuer ICE-Züge ansehen, wurde hier ein enormes Auftragsvolumen vergeben. Daran sehen Sie, dass dieser Bedarf auch abgearbeitet wird.

Frage: Eine Frage noch an Herrn Kotthaus zu den Finanzströmen: Wie sehen Sie denn den Finanzablauf Bahn-Bund-Bahn? Wäre das auch einfacher zu handhaben, oder schließen Sie sich den Äußerungen von Herrn Strater komplett an?

Eine zweite Frage an das Wirtschaftsministerium: Wenn ich nicht ganz falsch informiert bin, hat Herr Brüderle gestern sehr wohl eine Privatisierung ins Gespräch gebracht, die alles viel einfacher und viel besser machen würde. Wie sieht denn der Wirtschaftsminister das Thema Privatisierung?

Kotthaus: Ich habe da aus meiner Perspektive nichts hinzuzufügen.

Schwartz: Zum Thema Privatisierung wurde ja schon ausgeführt, dass das momentan nicht Gegenstand von Überlegungen der Regierung ist. Sie haben wahrscheinlich auch gelesen, dass sich der Minister auch grundsätzlich zu dem Thema Bahn geäußert hat und insbesondere darauf hingewiesen hat, dass natürlich Verbesserungen bei der Kundenfreundlichkeit wichtig sind. Er hat auch gesagt - ich zitiere -: „Eine Privatisierung kann helfen, aber das ist derzeit eher ein Führungsproblem als eine Frage der Unternehmensform.“ - In diesem Kontext so viel dazu.

Frage: Herr Strater, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, die Dividendenzahlung solle sogar steigen? Ist das ein langfristiges Ziel oder ist konkret geplant, dass für dieses Jahr mehr als die halbe Milliarden Euro an den Bund abgeführt werden soll?

Strater: Ich habe die konkreten Zahlen nicht im Kopf, tut mir leid. Sie soll aber steigen. Das hat auch mit der Gewinnerwartung zu tun. Die konkreten Zahlen kann ich Ihnen jetzt aber nicht nennen.

Aber noch einmal: Die Dividende wird immer im auf das abgeschlossene Geschäftsjahr folgenden Jahr ausgeschüttet, und darüber wird in diesem Jahr entschieden.

Vors. Welty: Zusatzfrage?

Zusatz: Nein, „Sie soll steigen“ langt mir als Zitat eigentlich.

Strater: Das ist aber im Übrigen nichts Neues.

Zusatz: Ja, aber es ist in dem Zusammenhang, dass über eine Senkung diskutiert wird, interessant, das noch einmal ins Gedächtnis zu rufen.

Frage: Eine Frage an das Innenministerium und das Verkehrsministerium Der Streik in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung dauert inzwischen über einen Monat an. Welche Schritte haben die beiden Ministerien unternommen, um diesen Streik beizulegen? Ist mit einer Beilegung des Streiks in absehbarer Zeit zu rechnen?

Lörges: Nach meiner Kenntnis hat das Wirtschaftsministerium die Federführung.

Schwartz: Das wäre mir neu.

Zusatz: Meines Wissens ist das Innenministerium für alle Tarifverträge im Bereich des Bundes zuständig.

Lörges: Wir haben da eine Zuständigkeit, das habe ich auch nie bestritten; es geht aber eben um die

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. - Ach so, das ist beim Verkehrsministerium, Entschuldigung. Da habe ich die Ministerien verwechselt.

Strater: Ich übernehme das gern. Auch wir haben eine Zuständigkeit für die WSV-Reform, denn die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung liegt in unserem Bereich. In der Tat liegt das Thema Tarifeinverständigungen - wenn Sie jetzt an Tarifgespräche denken - beim BMI, aber ich beantworte Ihnen die Frage trotzdem.

Ob der Streik beendet wird, muss die Gewerkschaft selber sagen. Wir haben diesen Streik nicht herbeigerufen und wir wollen ihn auch nicht. Für uns hat dieser Streik auch keine Basis, weil wir im Zuge der WSV-Reform die Mitarbeiter umfassend und auch rechtlich verbindlich sozial abgesichert haben. Es gibt rechtsverbindliche Bestandteile von Arbeitsverträgen, die der Minister unterzeichnet hat, und darin steht: Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben, es wird keine Umsetzung gegen den Willen der Beschäftigten geben und es wird keine finanziellen Einbußen beim Entgelt geben. Da fragt man sich: Wofür wird da eigentlich noch gestreikt? Wenn man sieht, dass auch empfindliche Stellen wie der Nord-Ostsee-Kanal oder andere wichtige Wasserstraßen bestreikt werden, dann muss man sich auch einmal überlegen, was für ein wirtschaftlicher Schaden da angerichtet wird.

Also noch einmal: Diese sozialen Absicherungen sind rechtsverbindlich. Wir haben das auch durch ein Rechtsgutachten noch einmal absichern lassen und haben dies auch der Gewerkschaft so mitgeteilt. Das hat auch Bestand, da muss also keiner fürchten, dass das mit Ablauf der Legislaturperiode außer Kraft gesetzt wird. Das hat dauerhaft Bestand und ist rechtsverbindlich. Unserer Meinung nach bietet diese Regelung auch einen besseren Rechtsschutz als ein Tarifvertrag.

Zusatzfrage: Finden Gespräche mit den Gewerkschaften statt?

Strater: Ich kann nicht sagen, auf welcher Ebene, ob Telefonate oder Briefe ausgetauscht werden. Diese Position ist bekannt, auch der Gewerkschaft. Die Gewerkschaft muss entscheiden, ob sie solche Streiks fortführt oder nicht.

Frage: Im zweiten Quartal ist die Wirtschaft in der Eurozone um 0,3 Prozent gewachsen. Jetzt hat die Bundesbank aber schon gewarnt, dass das Wachstum eventuell kurzlebig sein könnte. Wie schätzen Sie das ein? Gehen Sie davon aus, dass wir ein nachhaltiges Wachstum sehen? Ist das schon das Ende der Rezession? Wie schätzen Sie die Lage im dritten Quartal konkret ein?

Schwartz: Heute wurden ja auch Zahlen für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bekanntgegeben: Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes gibt es für dieses Jahr ein Wachstum von 0,7 Prozent. Das ist eine Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität in Deutschland, wie es sie schon lange nicht mehr gab, und liegt auch im Rahmen der Prognosen der Bundesregierung - laut der Frühjahrsprognose gehen wir für das gesamte Jahr ja von einem Plus von 0,5 Prozent aus. Grund für das Wachstum, das man jetzt sehen kann, ist vor allen Dingen die starke binnenwirtschaftliche Dynamik, vor allen Dingen der gestiegene private Konsum. Hier zeigen sich vor allen Dingen auch die Entlastungen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, die Anfang des Jahres in Kraft getreten sind und neue Impulse gegeben haben. Auch Unternehmen haben ihre Investitionen ausgeweitet. Dass sich Deutschland von der europäischen Konjunktorentwicklung nicht ganz unabhängig machen kann, ist klar; aber auch da gibt es positive Entwicklungen, die Sie gerade schon genannt haben.

Zusatzfrage: Noch einmal die Frage: Erwarten Sie, dass das jetzt nur ein Strohfeuer ist, oder gehen Sie davon aus, dass das nachhaltig ist?



Schwartz: Es gibt jetzt keine eigenen Prognosen der Bundesregierung zur Entwicklung im EU-Raum. Insgesamt ist es aber so, dass bereits viele wichtige Strukturreformen auf den Weg gebracht worden sind und es bei der Haushaltskonsolidierung viele Fortschritte gegeben hat. Insofern ist insgesamt eine positive Entwicklung festzustellen. Wir gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung auch fortsetzt.

Frage: Ich möchte eine Frage der Kollegin aufnehmen: Wir haben ja nicht nur deutsche Zahlen bekommen, sondern auch überraschend gute französische Zahlen. Ist das jetzt das Ende der Rezession in Europa?

Eine zweite Frage: Der BDI kritisiert beziehungsweise äußert, seine größte Sorge sei immer noch die Investitionstätigkeit in Deutschland, die nach wie vor schwach sei. Konkret gefragt: Sieht die Bundesregierung eine Veranlassung, vielleicht auch im öffentlichen Bereich mehr für Investitionen zu tun, eine Schippe draufzulegen bei den Investitionen - auch mit dem Hintergrund, dass man das längerfristige Wachstumspotenzial stärken möchte?

Schwartz: Zum Thema EU hatte ich ja schon Ausführungen gemacht.

Zum Thema Investitionen: Es ist ja so, dass die Unternehmen jetzt erstmals nach sechs Quartalen ihre Investitionen wieder ausgeweitet haben. Da gibt es also schon positive Entwicklungen. Im Übrigen ist für die Investitionsbereitschaft vor allen Dingen wichtig, dass wir Vertrauen schaffen, dass es positiv weitergeht. Da ist es vor allen Dingen wichtig, dass man die angefangenen Strukturreformen fortsetzt, Haushalte weiter konsolidiert und den eingeschlagenen Weg fortsetzt.

Zusatzfrage: Da muss ich jetzt aber doch noch einmal nachfragen: Es gibt ja nicht nur Investitionen von privater Seite, sondern es gibt auch öffentliche Investitionen. Das heißt, der Staat muss nicht nur beobachten, sondern er kann selbst auch etwas tun, um eine Investitionsschwäche ein Stück auszumerzen. Ist so etwas angedacht?

Entschuldigen Sie, wenn ich beim Stichwort EU nicht richtig zugehört habe, aber ich habe jetzt nicht gehört, ob wir das Ende der EU-Rezession haben oder nicht?

Schwartz: Wie gesagt, es gibt positive Entwicklungen, und wir gehen davon aus, dass sich diese Entwicklungen fortsetzen, wenn auch die Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen und die Reformen fortgesetzt werden.

Zum Thema Investitionen: Man muss jetzt auch sehen, dass auch die Auftragseingänge zugenommen haben. Auch die Stimmungsindikatoren insgesamt zeigen aufwärts. Gestern wurden zum Beispiel die ZEW-Konjunkturerwartungen veröffentlicht, mit einem Anstieg des Index von 7,5 Punkten. Das ist der höchste Stand seit März. Insgesamt ist hier also eine positive Entwicklung zu sehen. Anhand der heute veröffentlichten Zahlen sieht man auch, dass das BIP von Januar bis Juni stark gewachsen ist. Aufgrund dieser positiven Entwicklung ist zu erwarten, dass es auch Verbesserungen bei den Investitionen geben wird.

Frage: Eine Frage an das Umweltministerium: Das Lärmschutzkonzept für Offshore-Windanlagen, das eigentlich diese Woche veröffentlicht werden sollte, ist jetzt erst einmal nicht veröffentlicht worden. Ich wollte nur hören, ob damit gerechnet wird, dass es noch vor der Bundestagswahl einen neuen Termin geben wird.

Stamer: Das Konzept wird der Öffentlichkeit vorgestellt, wenn die Konsultationen mit den Beteiligten beendet sind und wenn es eine abschließende Fassung des Konzeptes gibt. Wann das der Fall sein wird,

darüber möchte ich jetzt nicht spekulieren. Nur noch ein Hinweis: Es hat von unserer Seite aus keine öffentliche Ankündigung eines Termins gegeben.

Frage: Herr Seibert, der FDP-Vorsitzende hat den CSU-Vorsitzenden heute im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Pkw-Maut einen Populisten genannt. Ist das die Fortsetzung der Diskussion „Gurkentruppe gegen Wildsau“? Was mag das für mögliche Koalitionsverhandlungen verheißen?

StS Seibert: Ich sage Ihnen einmal die Haltung der Bundeskanzlerin, falls die Sie interessiert: An der Haltung der Bundeskanzlerin in dieser Frage - die nicht die Haltung der CSU ist - hat sich nichts geändert. Wir haben es allerdings auch nicht mit einem neuen Vorschlag zu tun, sondern mit einem, der schon geraume Zeit in der Welt ist und auch vielfach besprochen worden ist.

In der Zielsetzung stimmt die Bundeskanzlerin mit dem bayerischen Ministerpräsidenten völlig überein: Ein Land wie Deutschland, ein Wirtschaftsland wie Deutschland braucht eine gute, funktionierende, gut gewartete Verkehrsinfrastruktur, und Straßen und Brücken sind ein erheblicher Teil davon. Deshalb hat die Bundesregierung ja ihre ohnehin hohen Ausgaben in die Verkehrsinfrastruktur auch noch einmal gesteigert, und deshalb werden wir sicherlich auch in der nächsten Legislaturperiode neue Anstrengungen dafür unternehmen müssen. Sicher ist auch: Dafür wird man dann rechtzeitig eine Einigung schaffen. Das ist gewiss.

Es hat, wie die Bundeskanzlerin gestern sagte, schon sehr viel größere Probleme gegeben, die diese beiden Unions-Schwesterparteien gemeinsam gelöst haben. Ansonsten ist jetzt überhaupt nicht der Moment, auf Koalitionsverhandlungen zu gucken.

Zusatzfrage: Die Bundeskanzlerin lehnt die Einführung einer Pkw-Maut also nach wie vor ab?

StS Seibert: An der Haltung der Bundeskanzlerin dazu hat sich nichts geändert.

Zusatzfrage: Zweite Nachfrage: Ist es der richtige Ton innerhalb der noch agierenden Koalition, wenn der eine dem anderen Populismus vorhält?

StS Seibert: Ich will hier jetzt nicht Stilfragen beantworten. Ich habe versucht, die Haltung der Bundeskanzlerin, die auch die Haltung der Bundesregierung ist, in einem ordentlichen Ton mitzuteilen. So ist der Ton auch zwischen der Bundeskanzlerin und dem bayerischen Ministerpräsidenten. Wie gesagt, die Frage ist nicht neu, und über die grundsätzliche Zielsetzung, dass wir starke Mittel für unsere Verkehrsinfrastruktur brauchen, weil davon für uns in Deutschland enorm viel abhängt, gibt es eine völlige Übereinstimmung. Die Wege werden sich finden.

Frage: Ich wollte das Innenministerium kurz noch um eine Bewertung der jüngsten Asylbewerberzahlen bitten und möchte auch erfragen, ob es in irgendeiner Weise besondere Sorge bereitet, dass im Moment eine relativ große Zahl von Flüchtlingen aus Tschetschenien zu uns kommt. Wirft das irgendwelche Sicherheitsprobleme auf?

Lörges: Eine Wertung zu den Asylbewerberzahlen: Die Zahlen der Personen, die nach Deutschland kommen, sind so hoch wie in den letzten etwa zehn Jahren nicht mehr - Anfang des Jahrtausends waren sie ungefähr in dieser Größenordnung. Das stellt natürlich die Bundesländer, die für die Unterbringung zuständig sind, aber auch das Bundesamt für Migration, das die Asylverfahren durchführt, vor Herausforderungen. Der Bundesinnenminister hat ja bereits öffentlich gemacht, dass er das Bundesamt für Migration noch einmal mit 80 Stellen in der Bundespolizei unterstützt, um die Asylverfahren schneller durchzuführen, damit diejenigen, die wirklich unseres Schutzes bedürfen, auch schnell Schutz

bekommen, und die, die diesen Schutz nicht bedürfen, auch schnell wieder das Land verlassen.

Zu der Zuwanderung aus der russischen Föderation: Ja, nach Aussage dieser Personen handelt es sich weitgehend um Tschetschenen. Das können wir aber nicht belastbar mitteilen, weil sich eine Volkszugehörigkeit in den Pässen nicht findet. Insofern können wir das nicht statistisch nachweisen und nicht als belastbare Information herausgeben; die Leute behaupten das aber. Sicherheitsprobleme - wenn Sie insbesondere Verbindungen zum islamistischen Terrorismus im Auge haben - sehen wir im Moment nicht. Es gibt in Einzelfällen möglicherweise Verbindungen, das ist aber kein allgemeines Problem.

Frage: Herr Löriges, der Minister hat die Entwicklung „alarmierend“ genannt. „Alarmierend“ ist ja ein sehr starkes Wort. Das hat sich also nur darauf bezogen, dass, wie Sie sagten, die Bundesländer vor großen Herausforderungen stehen? Oder was war der Hintergrund für das Wort „alarmierend“?

Löriges: Es ist hier ja üblich, dass wir Ministerworte nicht interpretieren. Wie gesagt, einmal stellt es das Bundesamt für Migration und die Bundesländer in Deutschland vor Herausforderungen. Alarmierend ist in diesem Zusammenhang aber natürlich auch immer, dass es offensichtlich Gründe für Flüchtlingsbewegungen gibt.

Mittwoch, 14. August 2013

„Außerdem ist geplant, mit den Vereinigten Staaten ein sogenanntes No-Spy-Abkommen zu schließen. Diese Vereinbarung soll festhalten, dass sich die USA und Deutschland gegenseitig weder ausspähen noch ausspionieren noch das jeweilige nationale Recht verletzen. Die mündliche Zusage dazu, ein solches Abkommen abzuschließen, liegt von amerikanischer Seite schon vor.“

## 10. Kapitel

### Keine PKW-Maut!

Im TV-Duell mit Peer Steinbrück am 1. September 2013, 20.29 Uhr im ZDF: „Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben.“

Am 1. September 2014, auf den Tag genau ein Jahr nach dem Kandidaten-Duell, sprach sie ein Machtwort: „Um es ganz klar zu sagen: Die Maut steht im Koalitionsvertrag, und sie wird kommen.“ Im März 2015 stimmte der Bundestag und am 8. Mai der Bundesrat dem Gesetz zu. Allerdings könnte Merkel behaupten, sie habe ihr Versprechen dennoch gehalten; denn die Maut heißt jetzt „Infrastrukturabgabe“.

### Merkel und die Straßengebühr

#### Die Maut-Lüge :

"Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben", versprach Angela Merkel vor einem Millionenpublikum im

Fernsehen. Die SPIEGEL-Dokumentation macht den Faktencheck: Hat die Kanzlerin gelogen?

Berlin-Adlershof, Studio G, 1. September 2013, 20.29 Uhr - drei Wochen vor der Bundestagswahl. Die Moderatoren Anne Will (ARD), Maybrit Illner (ZDF), Peter Kloeppel (RTL) und Stefan Raab (ProSieben) gehen im Geiste ein letztes Mal die Themen und ihre Fragen durch. Auf der anderen Seite des Bildschirms sitzen Millionen Zuschauer und warten gespannt auf den "Showdown der Kandidaten".

Dann geht's los!

Um 20.54 Uhr hält der gut aufgelegte Herausforderer Peer Steinbrück (SPD) der Amtsinhaberin Angela Merkel (CDU) vor, dass ihr Partner Horst Seehofer (CSU) eine Pkw-Maut für Ausländer fordere, obwohl diese unvereinbar mit europäischem Recht sei.

Merkel antwortete kühl: "Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben."

Doch Seehofer blieb hart: "Ich unterschreibe keinen Koalitionsvertrag, in dem die Einführung der Pkw-Maut für ausländische Autofahrer nicht drinsteht", sagte er unmittelbar nach dem TV-Duell. Und tatsächlich presste die CSU die Maut in den schwarz-roten Koalitionsvertrag. Merkel gab nach, die SPD auch. Schließlich ging es um die Macht.

Zwar grummelte es immer wieder in den Reihen der Koalitionäre, doch Merkel ließ keinen Zweifel an der Umsetzung: Am 1. September 2014, auf den Tag genau ein Jahr nach dem Kandidaten-Duell, sprach sie ein Machtwort: "Um es ganz klar zu sagen: Die Maut steht im Koalitionsvertrag, und sie wird kommen."

Diesmal blieb sie dabei. Im März 2015 stimmte der Bundestag und am 8. Mai der Bundesrat dem von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) vorgelegten Gesetz zu.

Die Maut heißt jetzt "Infrastrukturabgabe". Grundsätzlich sollen irgendwann ab 2016 alle Fahrzeughalter - ob Deutsche oder Ausländer - für die Nutzung von Autobahnen und Bundesstraßen zahlen. Werden also - entgegen anderen Versprechungen - auch Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet als heute? Das Ministerium beantwortet diese Frage mit einem klaren "Nein". Denn:

"Die Kompensation für Halter von in Deutschland Kfz-steuerpflichtigen Pkw erfolgt über einen Freibetrag in der Kfz-Steuer, mit der die Ausgaben für die Infrastrukturabgabe vollständig und unbürokratisch kompensiert werden."

Die EU-Kommission hat bereits Bedenken angemeldet. Denn das EU-Recht (Art. 18 AEUV) verbietet jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit.

Das gilt nach EuGH-Rechtsprechung auch für "verdeckte Diskriminierungen", also für solche, die zwar nicht ausdrücklich an das Merkmal der Staatsangehörigkeit anknüpfen - so wie das vorliegende Gesetz, welches nicht auf die Staatsangehörigkeit, sondern den Ort der Kfz-Steuerpflichtigkeit abhebt - die aber faktisch zu demselben Ergebnis führen.

Das aber scheint hier der Fall. Denn unumstritten sind es ganz überwiegend deutsche Staatsbürger, die hierzulande Kfz-Steuer zahlen.

Erfolgten Steuersenkung und Mauterhebung zudem in einem engen zeitlichen und sachlichen Zusammenhang, und wird dieser auch noch als solcher kommuniziert, dann liegt der Verdacht auf eine verdeckte oder indirekte Diskriminierung auf der Hand. Zu dieser Einschätzung gelangte 2013 auch ein - dann geleakter - Vermerk zur "Europarechtlichen Zulässigkeit einer Pkw-Maut für Ausländer" des Bundesjustizministeriums.

Sollte das Gesetz am Einspruch der EU scheitern, hätte das Dobrindt-Ministerium über eineinhalb Jahre an einem Gesetz gebastelt, das nur einer komplizierten Koalitionsvertragsarithmetik halber Bundestag und Bundesrat passierte. Leider ließe sich das verschwendete Geld nicht einfach von der CSU zurückfordern.

Aber unsere Frage war die, ob Merkel gelogen hat. Die Lüge ist eine "bewusst falsche, auf Täuschung angelegte Aussage".

Vielleicht glaubte Merkel am 1. September 2013, was sie sagte und ist später nur klüger geworden?

Die Frage nach der Maut kam am 1. September nicht unerwartet, ganz im Gegenteil. Merkel war vorbereitet, ihre Antwort präpariert. Sie wusste zudem, dass der Streit mit der Schwesterpartei noch nicht am Ende war und musste mit der vollen Wucht bayerischer Sturheit rechnen.

Dennoch antwortete Merkel ohne Wenn und Aber und sagte: "Mit mir wird es keine Maut geben" und nicht etwa: "Ich verspreche, ich werde tun, was in meiner Macht steht."

So vermittelte die Kanzlerin dem Wähler den wohlkalkulierten Eindruck, mautmäßig sei alles bei ihr in guten Händen, obwohl sie genau wusste, dass sie dieses nicht mit Bestimmtheit sagen konnte. Deshalb hat sie nicht bloß ihr Wort gebrochen, sondern die Unwahrheit gesagt.

Fazit: Merkel hat in Sachen Maut gelogen. Im Fußball nennt man das ein "taktisches Foul". Die Gelbe Karte wäre gewiss. Manchmal gibt es sogar Rot. Beunruhigend ist, dass solche "Fouls" in Zeiten der Großen Koalition kaum mehr jemanden aufzuregen vermögen. Dass unsere respektabelste Politikerin lügt, kommt als eine Art notwendiges Übel daher, das wir gefälligst in Kauf zu nehmen haben. Zu einer gut funktionierenden Demokratie gehört es aber, dass wir uns das nicht ungestraft bieten lassen.

### **Klärung durch die „Geistlichkeit des Islam“**

„Die Menschen fragen mich, welcher Islam gemeint ist, wenn ich diesen Gedanken [den bekannten Wulff-Satz] zitiere. Sie wollen wissen, warum Terroristen den Wert eines Menschenlebens so gering schätzen und ihre Untaten stets mit ihrem Glauben verbinden. Sie fragen, wie man dem wieder und wieder gehörten Satz noch folgen kann, dass Mörder, die sich für ihre Taten auf den Islam berufen, nichts mit dem Islam zu tun haben sollen. Ich sage ausdrücklich: Das sind berechnete Fragen. Ich halte eine Klärung dieser Fragen durch die Geistlichkeit des Islam für wichtig, und ich halte sie für dringlich. Ihr kann nicht länger ausgewichen werden.“

## **Abschiebungsoffensive**

„Wir brauchen bei Rückführungen eine nationale Kraftanstrengung“, forderte Angela Merkel auf dem Deutschlandtag der JU am 14. bis 16. Oktober 2016 in Paderborn. Ihr Flüchtlingskoordinator Peter Altmaier (CDU) sekundierte im Februar 2017: „2016 wurden etwa 700.000 Asylanträge entschieden und davon fast 300.000 abgelehnt. Diese Personen wollen wir zügig zurückführen, sonst leidet die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates.“

„Von Merkels Abschiebungsoffensive fehlt jede Spur“, titelte die „Welt“ am 8. Juni 2017. Und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble warnte im Interview mit WELT AM SONNTAG am 23. September 2018 davor, „allzu stark die Hoffnung“ zu „schüren, dass wir die Großzahl“ der Nicht-Bleibeberechtigten zurückführen können. Die Politik solle „klarmachen, wie schwer es ist, im Einzelfall abzuschieben“ und „alle Kraft dafür aufbringen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren“.

Wenn man diese (unvollständige) Aneinanderreihung von Versprechen auf sich wirken lässt, drängt sich einem, oder jedenfalls mir, der Eindruck dessen auf, was Angela Merkel im Gespräch mit Günter Gaus 1991 so formuliert hat: „ansonsten war es auch 70 Prozent Opportunismus“. Sie ist sich also treu geblieben.

Diese leeren Versprechen der deutschen Bundeskanzlerin reichten unter normalen Umständen gleich für mehrere Rücktritte. Doch dieser Begriff kommt in Merkels Vokabular nicht vor. Und die von ihr geführte CDU befindet sich in einem derart erbärmlichen Zustand, dass die normale Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden schon wie ein heroischer Akt gewertet wird. Angela Merkel wird als die Kanzlerin in die Geschichte eingehen, die Deutschland mehr geschadet hat, als irgendeiner ihrer sieben Vorgänger.

## 11. Kapitel

Diese Versprechen hat die große Koalition gebrochen

**(Weitere Lügen zusammen mit der Union und der SPD!)**

Die letzte Sitzung des Bundestags in der 18. Legislaturperiode ist Geschichte. Die Abgeordneten gehen in die Sommerpause, im September wird dann ein neues Parlament gewählt. Zeit also für einen Blick zurück: Hat die Koalition aus CDU, CSU und SPD ihre Versprechen erfüllt?

Die Ambition war der großen Mehrheit des schwarz-roten Bündnisses angemessen: „Deutschlands Zukunft gestalten“ – so war der Koalitionsvertrag von 2013 überschrieben. Auf knapp 200 Seiten folgten dann konkrete Projekte und Absichtserklärungen. Vieles wurde umgesetzt, aber längst nicht alles. Die WELT hat das Werk noch einmal gelesen und ist in zentralen Politikfeldern der Frage nachgegangen: Was ist liegen geblieben?

## **Außenpolitik**

Kein Koalitionsvertrag kann die Zukunft vorhersagen. Viele Herausforderungen kommen unerwartet, sie müssen ohne geschriebenes Drehbuch bewältigt werden. Das galt in dieser Legislatur vor allem für die Außenpolitik. Annexion der Krim, Brexit oder Flüchtlingskrise waren nicht vorhersehbar – und haben geplante Projekte beeinflusst.

So ist das Lieblingsprojekt des früheren Außenministers Frank-Walter Steinmeier (SPD), mittlerweile Bundespräsident, eine „Modernisierungspartnerschaft“ mit Russland, ebenso Schnee von gestern wie das Bekenntnis in Richtung Türkei: „Wir begrüßen die mit Blick auf die Beitrittsverhandlungen unternommenen Reformanstrengungen.“ Im Koalitionsvertrag heißt es noch, das Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA sei ein „zentrales Projekt zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen“. Heute redet niemand mehr davon – schon gar nicht US-Präsident Donald Trump.

## **Rüstung**

Die aus den Fugen geratene Weltordnung macht eine handlungsfähige Bundeswehr umso dringlicher. „Unsere Soldaten brauchen die bestmögliche Ausrüstung“, heißt es im Koalitionsvertrag. Und: „Der Staat kann erwarten, dass bestellte militärische Güter vertragsgerecht, pünktlich und unter Einhaltung von Preisen und Qualität geliefert werden.“

Zwar hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) die Verfahren im Rüstungssektor neu geordnet. Bedeutende Beschaffungsvorhaben aber hat sie nicht ins Ziel gebracht. Ob das Rüstungsmanagement tatsächlich runder läuft als früher, wird erst die Zukunft zeigen. Noch ist die Truppe von „bestmöglicher Ausrüstung“ jedenfalls weit entfernt.

## **Energie**

Der Atomausstieg wurde 2011 Hals über Kopf beschlossen. Deshalb widmet der Koalitionsvertrag von 2013 dem Thema Energie mit elf Seiten ein außergewöhnlich detailliertes Kapitel. Vieles wurde umgesetzt. Nicht eingelöst wurde das Versprechen, die Finanzierung der Stromnetze grundsätzlich neu zu regeln. Zwar wurde mit dem „Netzentgeltmodernisierungsgesetz“ die Kostenbelastung zwischen alten und neuen Bundesländern neu ausbalanciert.

Doch die zugesagte „Einführung einer generellen Leistungskomponente im Netzentgelt“ steht weiterhin aus. Gescheitert ist Schwarz-Rot auch mit der Zusage, dass „Pumpspeicherkraftwerke auch künftig ihren Beitrag zur Netzstabilität wirtschaftlich leisten können“. Tatsächlich musste der größte Betreiber in Deutschland, Vattenfall, kürzlich die Einmottung einiger Pumpspeicher sowie massiven Arbeitsplatzabbau in der Sparte verkünden. Auch die Zusage, „mittelfristig einen Kapazitätsmechanismus zu entwickeln“, damit sich Reservekraftwerke als Back-up zum schwankenden Wind- und Solarstromaufkommen finanzieren lassen, wurde nicht umgesetzt.

Summarisch lässt sich sagen, dass es der Koalition gelungen ist, die zunächst völlig aus dem Ruder laufende Energiewende besser zu organisieren und die Kostensteigerung zu bremsen. Gleichwohl steht der unvermeidbare, grundlegende Systemwechsel noch aus.

## **Finanzen**

Wie üblich kamen aus dem Finanzressort von Wolfgang Schäuble (CDU) besonders viele Kabinettsvorlagen – ohne Geld geht es eben selten. Trotz der 93 beschlossenen Gesetze ließ Schäuble aber auch einiges liegen. Der Wirtschaft fällt bei diesem Thema vor allem die steuerliche Förderung der Forschung als Ergänzung zur direkten Förderung ein.

Für Schäuble, um es zurückhaltend auszudrücken, war das kein Herzensanliegen. Ihn überzeugt das Vorhaben nicht: Zu teuer, zu ineffizient, heißt es in seinem Haus. Trotz Druck aus dem Wirtschaftsministerium, trotz eines angeblichen Wunsches aus dem Kanzleramt gab es also keine Änderung. Merke: Wenn der Minister nicht will, nützt der beste Vertrag nichts.

## **Rente**

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter nicht zum Sozialamt gehen müssen. Beide Koalitionspartner waren sich deshalb einig, für langjährig Versicherte, die mindestens 40 Beitragsjahre vorweisen können und trotzdem nicht über das Grundsicherungsniveau von rund 850 Euro im Monat hinauskommen, eine sogenannte solidarische Lebensrente einzuführen. Eine Bedürftigkeitsprüfung sollte dabei sicherstellen, dass nur wirklich armutsgefährdete Menschen profitieren würden und nicht die teilzeitjobbende Chefarztgattin.

Doch es blieb bei der Ankündigung. Denn der SPD war es wichtiger, zuerst die Rente mit 63 durchzusetzen. Für die Union wiederum hatte die Einführung der neuen Mütterrente höchste Priorität. Und weil beides zusammen Steuer- und Beitragszahler schon erheblich belastet, wurde die Einführung einer Lebensleistungsrente auf unbestimmte Zeit vertagt.

## **Teilzeitarbeit**

Der Anteil von Frauen mit Teilzeitjobs steigt in Deutschland seit Jahren. Die meisten verkürzen ihre Arbeitszeit, weil sie Kinder betreuen oder Angehörige pflegen wollen. In der SPD ist man sich sicher, dass viele Frauen gerne mehr arbeiten würden, aber in einer „Teilzeitfalle“ feststecken. Um ihnen den Weg zurück in die Vollzeit zu ebnen, verständigten sich die Koalitionäre darauf, für Teilzeitkräfte ein Rückkehrrecht einzuführen.

Doch Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) scheiterte mit dem Vorhaben, weil sich Sozialdemokraten und Union bis zuletzt nicht darauf einigen konnten, ab welcher Unternehmensgröße der geplante Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit gelten sollte. Während Nahles schon Betriebe mit 15 Mitarbeitern einbeziehen wollte, beharrte die Union mit Verweis auf die Organisationsschwierigkeiten für die Arbeitgeber auf einer Schwelle von 200 Mitarbeitern.

## **Migration**

Bei diesem Thema ist der Koalitionsvertrag Altpapier. 2015 kam fast eine Million Asylsuchende allein



nach Deutschland. Die im Koalitionsvertrag festgezurzte Forderung nach mehr europäischer Solidarität in der Flüchtlingspolitik blieb damit ein Wunsch. Ebenso das Ziel, die Dauer von Asylverfahren auf drei Monate herunterzufahren. Neufälle brauchen derzeit zwar tatsächlich nur 1,4 Monate – Altfälle allerdings 12,4 Monate.

### **Zuwanderung in die Sozialsysteme**

Union und SPD wollten die „ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger“ eindämmen. Dennoch stieg laut Bundesarbeitsagentur die Zahl der regelleistungsberechtigten EU-Ausländer nach dem Sozialgesetzbuch II von 295.000 im September 2013 auf 458.000 im März dieses Jahres. Vor einem halben Jahr wurden die Gesetze zwar verschärft, seitdem erhalten EU-Ausländer frühestens nach fünf Jahren Geld vom Staat.

Teile der Justiz urteilen aber anders: So billigte das Landessozialgericht Schleswig-Holstein rumänischen Arbeitslosen und ihren Kindern im Eilverfahren Hartz-IV-Leistungen zu – unter Berufung auf EU-Recht. Das erschwerte der Regierung auch das Vorhaben, das Kindergeld für in der Heimat zurückgelassenen Nachwuchs von EU-Ausländern an die dortigen Lebenshaltungskosten anpassen. Die EU-Kommission erklärte das Vorhaben vorerst für rechtswidrig.

### **Justiz**

Der Minister für Justiz und Verbraucherschutz hat mit 95 Kabinettsvorlagen die meisten Gesetzentwürfe vorgelegt. Heiko Maas (SPD) hat den Koalitionsvertrag recht gründlich abgearbeitet. Allerdings: Eines des wichtigsten Projekte war die Mietpreisbremse – und das ging daneben. Denn die CDU bestand auf Ausnahmen und gestaltete das Gesetz so aus, dass Mieter praktisch nur auf dem Klageweg den Mietendeckel durchsetzen können. Da sich in der Praxis kaum jemand auf einen Streit mit dem Vermieter einlassen will, blieb die Preisgrenze ohne Wirkung – und die Preise in den Ballungszentren steigen weiter.

### **Wohnungsbau**

Viel Konkretes hat die Koalition nicht auf den Weg gebracht, um den Bau bezahlbarer Wohnungen anzukurbeln. Zwar wurde tatsächlich ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ beim Bundesbauministerium eingerichtet. Doch beschränkten sich die Aktivitäten auf Gespräche – die Ende 2016 sogar platzten, als das Ministerium ohne Absprache plötzlich strengere CO<sub>2</sub>-Ersparnisse im Neubau forderte. Dabei zählen steigende Auflagen für Energieeffizienz und die damit verbundenen technischen Ausstattungen zu den Preistreibern im Wohnungsbau.

Auch beim Abbau von Bauvorschriften und einer Vereinheitlichung der unterschiedlichen Landesbauverordnungen kam man nicht voran. Vieles in diesem Feld ist Sache der Länder. Die nahmen immerhin gern die Fördermittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau, die auf 1,5 Milliarden Euro aufgestockt wurden.

### **Familie!**

Die kurz vor Ende der Legislatur aus dem Amt geschiedene Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) hat ihre Agenda nahezu vollständig abgearbeitet. Für ihre Nachfolgerin Katarina Barley (SPD) blieb nur

wenig, darunter das sogenannte Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. Davon aber kam nur ein Torso durch, darunter die verbesserte Heimaufsicht und Schutzkonzepte für Flüchtlingsheime. Die umstrittenen Neuregelungen für Pflegekinder wurden auf Druck der Union wieder herausgenommen – sie fürchtet eine Entmachtung leiblicher Eltern.

Nachwort

zu

Die Lügen der Kanzlerin Merkel

Mit meinem neusten Buch , habe ich sehr viele Beweise zusammen gestellt

die beweisen, wie uns die Kanzlerin Merkel die ganze betrügt, und ohne rot zu werden

uns auch noch belügt.

Ich habe dann irgendwann aufgehört , weiter zuschreiben weil die Lügen, der Kanzlerin Merkel

waren mir dann doch etwas zu viel!

